

**Blick zurück und in die Zukunft. Die Sicht auf die
„Novemberrevolution“ 1919 bis 2018 und mögliche Perspektiven einer
kritischen Revolutionshistoriographie**

Hachtmann, Rüdiger

In: Sozial.Geschichte Online / Heft 23 / 2018

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der
Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt.

Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls
veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: <https://doi.org/10.17185/duepublico/47046>

URN: <urn:nbn:de:hbz:464-20180919-134955-5>

Link: <https://duepublico.uni-duisburg-essen.de:443/servlets/DocumentServlet?id=47046>

Rechtliche Vermerke:

lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Blick zurück und in die Zukunft. Die Sicht auf die „Novemberrevolution“ 1919 bis 2018 und mögliche Perspektiven einer kritischen Revolutionshistoriographie

Der folgende Essay entstand nach der Lektüre der im letzten Jahr erschienenen Monographie von Mark Jones über die Revolution von 1918/19¹ – und vor dem Hintergrund der Kontroverse, die sich daran anschloss. Im ersten Abschnitt skizziere ich, warum das Buch von Mark Jones für die (linke wie ‚bürgerliche‘) Revolutionsforschung einen Meilenstein markiert, obwohl vieles von dem, was Jones beschreibt, schon vorher bekannt war und (auch) bei ihm zudem manche Frage offen bleibt. Die zweite Passage diskutiert die Kritik einiger Rezensenten. In den Teilen III bis VI skizziere ich den Wandel der Perspektiven auf die Revolution in den vergangenen knapp hundert Jahren. Dadurch wird deutlich, warum das Buch von Jones so wichtig ist und inwiefern die (bisherige) Kritik daran den aktuellen ‚akademischen‘ Diskurs über die Revolution – und seine Krise – spiegelt. So wie das Buch von Mark Jones den ‚Reigen‘ ausgreifender Darstellungen zur Revolution von 1918/19 eröffnet hat und seiner Monographie inzwischen weitere Überblicksdarstellungen gefolgt sind,² so sind auch die folgenden Ausführungen als ein erster Auf-

¹ Mark Jones, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, Berlin 2017. Das Buch wird inzwischen preisgünstig auch von der Bundeszentrale für politische Bildung angeboten.

² Eher konventionell: Joachim Käppner, *Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen*, München 2017; Wolfgang Niess, *Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie*, München 2017. Dagegen deutlich kritischer jetzt: Klaus Gietinger, *November 1918. Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts*, Hamburg 2018. Vgl. außerdem zur Revolutionshistoriographie den vorzüglichen Überblick dess., *Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahr-*

schlag zu werten, der anlässlich der anstehenden Hundertjahresfeiern der Revolution eine kritische Debatte provozieren will.

Am Schluss dieses Essays werden deshalb offene Fragen gelistet. Sie benennen nicht in erster Linie empirische ‚Lücken‘, die ohnehin zahlreich bleiben werden. Es sollen vielmehr vor allem gegenwartsbezogene Erkenntnisinteressen einer kritischen Sozialgeschichte herausgearbeitet werden. Dabei sind auch mögliche neue Paradigmen anzusprechen, die einer – auch und gerade: aktuellen – ‚Aufarbeitung‘ der nicht zufällig höchst umstrittenen (nicht nur) deutschen Revolution zu Beginn des 20. Jahrhunderts Leitlinien sein können. Der plakative Terminus „gegenwartsbezogene Erkenntnisinteressen“ zielt in diesem Zusammenhang nicht allein auf den trivialen Tatbestand, dass Geschichtsschreibung und die Historiker als deren Akteure zwangsläufig in ihrer jeweiligen Gegenwart verwurzelt sind. Es geht darüber hinaus darum, dass die Krisen und Transformationen der modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, wie sie seit zwei, drei Jahrzehnten sichtbar geworden sind, nachhaltig auch den Blick auf die Geschichte verändern – und hier nicht zuletzt auf die Revolutionen als besonders tiefe Zäsuren langfristiger historischer Entwicklung. Dabei ist gleichgültig, ob man Revolutionen generell als „Lokomotiven der Geschichte“ oder aber als ärgerliche Störungen einer wie auch immer gearteten „guten Ordnung“ oder eines „Weges nach Westen“ wertet.

I.

Keine Revolution lässt sich so komplex in einer historischen Darstellung abbilden, wie sie stattgefunden hat (selbst wenn man sie national reduziert und – für 1918/19 eigentlich unmöglich – die ‚außenpolitischen‘ Konstellationen ignoriert). Von (oft) politisch-didaktisch verkürzenden, zudem meist wenig innovativen Überblicksdarstellungen

hundert, Berlin / Boston 2013. Ich danke Vivian Yurdakul für die kritische Durchsicht des vorliegenden Essays (der kein Forschungsbericht sein kann).

abgesehen, bieten sich zwei Lösungen an: entweder Mikrostudien, also ein möglichst detailgenauer Blick etwa in eine Fabrik oder in einen überschaubaren Stadtteil – oder aber, man schiebt eine ‚Sonde‘ in die revolutionär aufgewühlte Gesellschaft, die es erlaubt, diese exemplarisch für einen wichtigen spezifischen Aspekt näher auszuleuchten. Mark Jones hat eine solche Sonde ‚entdeckt‘ und nutzt sie, um die spezifische Struktur der deutschen Revolution zwischen Oktober 1918 und April 1919 freizulegen: die Gewalt. Seine Fragen lauten: Wer übte wann und warum Gewalt aus? Wie veränderte sich im Laufe der Revolution die Struktur der Gewalt? Wie bewerteten die ‚Zuschauer‘, also diejenigen, die sie selbst nicht unmittelbar ausübten, die verschiedenen Gewaltakte? Wie veränderte die Gewaltpraxis Charaktere und Mentalitäten?

Die deutsche Übersetzung der Dissertation von Mark Jones erschien 2017 unter dem Titel *Am Anfang war Gewalt* und dem Untertitel *Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*. Im Titel des englischen Originals von 2016 ist der Schwerpunkt etwas anders gesetzt: *Founding Weimar*, Untertitel: *Violence and the German Revolution of 1918–1919*.³ Deutlich wird am englischen Titel, dass es Jones nicht nur um die kurze Zeitspanne zwischen Oktober 1918 und April 1919 geht, sondern weit darüber hinaus um die ‚Vorzeichen‘ – oder wertender: ‚Belastungen‘ – von „Weimar“, insbesondere um die extensive Eskalation rechter Gewalt, die der ersten parlamentarischen Demokratie in Deutschland von Anbeginn den Stempel aufdrückte: „Die wirklichen Gründungspfeiler der Republik waren Gewalt und negative Mythen über die im Magma der Revolution rumorenden Gefahren.“ Es sei fatal gewesen, „dass die Weimarer Staatsgründung in einem Augenblick intensiver Gewalterfahrung erfolgte“. Und dann stellt Jones, vor dem Hintergrund der eigenen empirischen Darstellung, relativ zurückhaltend fest: „Ein Respekt gebietender Gründungsmythos, gespeist von einer Reihe po-

³ Cambridge 2016. Die Seitenzahlen im Folgenden beziehen sich auf die deutsche Ausgabe.

sitiver Errungenschaften, konnte unter diesen Umständen nicht entstehen.“⁴

Diese Feststellungen sind ein Schlag ins Kontor – ins Kontor derjenigen, die in den letzten zwei, drei Jahrzehnten die Revolution von 1918/19 zu einer durchgängigen Erfolgsgeschichte umgedeutet haben und deren Geburtsfehler systematisch ausblendeten. Jones leugnet nicht, dass die Einführung des Acht-Stunden-Tages, eines allgemeinen und gleichen Frauenwahlrechts und manches andere Fortschritte waren. Und er unterstellt auch keine simplifizierende, eindimensional-negative Teleologie, keine Zwangsläufigkeit der Entwicklung vom Frühjahr 1919 hin zur sogenannten Machtergreifung Ende Januar 1933, die im Übrigen bei Lichte besehen eine Machtübergabe an das „Kabinett der nationalen Einheit“ unter dem Reichskanzler Hitler durch Teilgruppen der alten Funktionseliten gewesen ist. Aber Jones verweist immer wieder auf einen trivialen Tatbestand, den historiographische Verdrängungskünstler gern ausblenden: 1918/19 lässt sich nicht einfach von den Zäsuren 1930, 1933, 1938/39 und 1941/42 abkoppeln. Allein die Biographien der meisten Protagonisten des NS-Regimes illustrieren, dass ohne „Novemberrevolution“ und die Reaktion von alten wie neuen Eliten darauf, ohne die eskalierenden Gewaltexzesse von Freikorps sowie protofaschistischen Organisationen seit Anfang 1919 die fatalen Entwicklungen ab 1930 und 1933 nicht möglich gewesen wären. Der Blick in das *Deutsche Führerlexikon* von 1935 oder in Degeners *Wer ist's* vom selben Jahr zeigt, dass die politischen Protagonisten der NS-Diktatur in ihrer übergroßen Mehrheit in den protofaschistischen Bewegungen der Jahre 1918 bis 1920 sozialisiert wurden (sofern sie nicht zu jung waren und sich erst in den zwanziger Jahren an den Legenden der Älteren vom „Kampf gegen den Bolschewismus“ berauschten).⁵ Ein Gründungsmythos der Wei-

⁴ Alle Zitate: Jones, Anfang (wie Anm. 1), S. 291.

⁵ Vgl. dazu die empirischen Befunde von Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, S. 53 ff.

marer Republik, der dies ausblendet, betrügt – und sei er von seinen Schöpfern auch noch so gut gemeint.

Mark Jones geht es in seinem Buch aber keineswegs nur um eine anthropologische oder ins Grundsätzliche gewendete philosophische Betrachtung über ‚Gewalt an sich‘, und auch nicht um eine sozialwissenschaftliche Idealtypenbildung.⁶ Er schaut genau hin und nimmt den Leser und die Leserin dabei mit. Die meisten der insgesamt 15 Kapitel beginnen mit einer anschaulichen, scheinbar peripheren Geschichte, die Schlaglichter auf den oft vernachlässigten ‚subjektiven Faktor‘, auf die Ängste und Erwartungen der Zeitgenossen wirft. Die Episoden zu Anfang der einzelnen Kapitel dienen Jones als ‚Aufhänger‘, die Tiefenstrukturen der Revolution genauer auszuloten. Ihnen lässt er anschließend jeweils seine – mit weiteren Beispielen gespickte – Analyse wichtiger Phänomene mit dem Schwergewicht auf die Gewaltpraxis dieser Revolution folgen. Die Kapitel selbst sind chronologisch geordnet und konzentrieren sich auf Kernereignisse der Revolution, angefangen im Frühherbst 1918 und einer ernüchterten Obersten Heeresleitung, die feststellen musste, dass der Krieg verloren war. Dem folgt ein Kapitel über die Ereignisse in Kiel Anfang November 1918.

Hier formuliert Jones eine wichtige, nur scheinbar selbstverständliche These: „Was Historiker des ‚Zeitalters der Extreme‘ gerne vergessen, ist, dass die Revolution in Kiel ohne eine einzige Gräueltat als Begleitmusik einer neuen Ära auskam.“ Die „Hemmschwellen, die eine Eskalation physischer Gewalt verhinderten, [waren] intakt geblieben“. Der friedliche Beginn des revolutionären Umbruchs wurde in regierungsoffiziellen Stellungnahmen und in den rechten wie liberal-konservativen Medien in den anschließenden Monaten gezielt unterschlagen: „Wie die Republik sich in der Folgezeit ständig gezwungen sah, die staatlich legitimierte Gewalt gegen die Revolution im Frühjahr 1919 zu rechtfertigen, durfte sie sich nicht mehr daran erinnern,

⁶ Vergleichbar z. B. dem ‚Klassiker‘ von Wolfgang Sofsky, *Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager*, Frankfurt a. M. 1993 (aus dem sich dennoch viel lernen lässt).

wie weitgehend gewaltfrei die Revolutionäre im November 1918 agiert hatten.“ Diese „verübten keine Racheakte gegen ihre Feinde“,⁷ in krassem Unterschied zu ihren Gegnern Anfang 1919.

Eine Zäsur markierte der 6. Dezember 1918, das von Jones detailliert geschilderte Blutbad protofaschistischer Militärs in der Berliner Innenstadt, Hauptschauplatz des „Versuchs eines Staatsstreichs“ von rechts durch niedere Militärchargen, dem die gescheiterte Verhaftung des Vollzugsrates, als dem obersten legislativen Organ der Revolution, parallel lief. Danach wurde eine Gewaltspirale in Gang gesetzt, die sich immer schneller drehte und schließlich ein atemberaubendes Tempo gewann. Weiter getrieben wurde diese Eskalationsspirale durch die Berliner „Blutweihnacht“ – in der die mit der Revolutionsbewegung sympathisierende Volksmarinedivision der Gardedivision eine demütigende Niederlage beibrachte, die jene nicht vergaß – sowie schließlich durch die (von Jones ebenfalls ausführlich geschilderten) anschließenden Ereignissen in der Reichshauptstadt bis zur Jahreswende, die durch den Rücktritt der USPD-Vertreter im Rat der Volksbeauftragten und deren Ersetzung durch Mehrheitssozialdemokraten, unter ihnen Gustav Noske, ausgelöst worden waren.

Ein weiteres Kapitel reserviert Jones dem Januaraufstand. Der war eigentlich eine chaotische, politisch nicht gelenkte Rebellion unzufriedener Arbeitermassen und wurde, wie Jones zu Recht betont, „eines der folgenschwersten Ereignisse der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts“.⁸ Gerüchte und spätere Legendenbildungen, Phobien und Feindbilder erklären, warum die Ereignisse zwischen dem 5. und 11. Januar 1919 lange Zeit zum „Spartakusaufstand“ stilisiert wurden. Schauergeschichten vom Hörensagen begleiteten auch den Berliner Generalstreik Anfang März 1919 und den von Jones in drei Kapiteln ausführlich dargestellten, sich anschließenden Aufstand in der Hauptstadt sowie die von Jones in zwei Kapiteln thematisierte

⁷ Zitate: Jones, Anfang (wie Anm. 1), S. 56, 60, 66, 71, 73.

⁸ Ebd., S. 151.

Münchener Räterepublik und deren Niederschlagung einen Monat später.

Es ist nur allzu plausibel, dass Jones bereits ab seinem zweiten, dem ‚Kieler Kapitel‘, der fatalen Rolle herumschwirrender Gerüchte und – medial oft gezielt gestreuter – Lügenmärchen sowie deren Genesis und überhaupt „ungezügelter Angstphantasien“, einer frühen „Panik im Mittelstand“ (Theodor Geiger 1930),⁹ als zentralen Faktoren für den Verlauf der Revolution, breiten Raum gibt.¹⁰ Diese spielten nicht allein Ängste, sondern auch Feindbilder, insbesondere eine ausgeprägte Russophobie. Von russophoben, kulturchauvinistischen Imaginationen waren vor allem ‚gehobene‘ Bevölkerungskreise besessen. Sie hatten aber auch Teile der Arbeiterschaft erfasst – eine fatale demokratische und sozialistische ‚Erbschaft‘, die sich Ende der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgebildet hatte,¹¹ bis 1917 gegen den Zarismus gerichtet war und danach ‚nur‘ mit neuen Vorzeichen versehen wurde. Offenkundig absurde Gerüchte über angeblich wildeste Gräueltaten der Aufständischen in Berlin im März und in München im April 1919 führten dazu, dass breite mittelständische und bürgerliche Bevölkerungskreise „akzeptierten und tolerierten, was in Wirklichkeit eine Rolleninversion war: Regierungstruppen begingen grausame Gewalttaten, vor denen die Deutschen zu schützen ihr Auftrag war“.¹²

Gerüchte unterschiedlichster Couleur haben immer schon revolutionäre Ereignisse ausgelöst und ihnen eine bestimmte Richtung gegeben.¹³ 1918/19 waren sie maßgeblich dafür verantwortlich, dass

⁹ Geprägt wurde die Formel vor dem Hintergrund des Rechtsrucks der Mittelschichten zu Beginn der Weltwirtschaftskrise: Theodor Geiger, „Panik im Mittelstand“, in: *Die Arbeit*, 7 (1930), 10, S. 637–654.

¹⁰ Vgl. Jones, Anfang (wie Anm. 1), S. 56 ff., 61 ff., 67 ff., 79 ff., 108 f., 128 ff., 158 ff., 166 ff., 178 ff., 192 ff., 237 f., 243 f., 246 f., 283 ff., 304 ff., 311, 325 u. ö.

¹¹ Vgl. exemplarisch Rüdiger Hachtmann, *Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution*, Bonn 1997, S. 657–662.

¹² Jones, Anfang (wie Anm. 1), S. 306.

¹³ Vgl. (exemplarisch für 1848) John Merriman, Les „on dit que“. Gerüchte und die Zweite französische Republik, in: Dieter Dowe / Heinz-Gerhard Haupt / Dieter Langewiesche (Hg.), *Europa 1848. Revolution und Reform*, Bonn 1998, S. 1139–1166; Rüdiger Hachtmann, *Die*

sich die Gewaltspirale immer weiter und schneller drehte. Sie waren jedoch nicht deren eigentliches Antriebsmoment. Der „innere Motor dieser Entwicklung“ war „der Wunsch der neuen [mehrheits-sozialdemokratischen] Herren des deutschen Staates, ihren unbedingten Herrschaftswillen zu demonstrieren“, so ein zentrales und mit zahlreichen Zitaten belegtes Ergebnis der Untersuchung von Jones. Dieser Wille war nach Jones der eigentliche „Gründungsakt der Weimarer Republik“ und Auslöser für die immer weiter ausufernden „Gewaltexzesse von Regierungstruppen und Freikorps“ gegen „dürftig bewaffnete und amateurhaft geführte Aufständische“. Von dieser „massiven Gewalt ging eine unerbittliche Botschaft aus: dass die neue Regierung gewillt war, ihre wirklichen oder vermeintlichen Gegner zu vernichten“.¹⁴

Jones' akribische Beschreibung der Gewaltspirale macht anschaulich, dass und wie sich die Gewalt sukzessive ‚entzivilisierte‘. Nachdem der November 1918 „ein weitgehend friedlicher und gewaltloser, von dem Verlangen nach politischer Demokratie getriebener Umsturz“ geblieben war,¹⁵ öffnete der nurmehr ausschließlich aus Repräsentanten der Mehrheitssozialdemokratie bestehende Rat der Volks-

Macht des Gerüchts in der Revolution von 1848, in: Michael Grüttner / Rüdiger Hachtmann / Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Geschichte und Emanzipation*, Frankfurt a. M. / New York 1999, S. 189–216; ders., *Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Geschichte der Revolution von 1848/49*, Tübingen 2002, S. 172 f.

¹⁴ Jones, *Anfang* (wie Anm. 1), S. 335 ff.

¹⁵ Eindrucksvoll bestätigt wird diese Beobachtung durch liberale bürgerliche Beobachter, z. B. durch den sprachmächtigen Theodor Wolff: Die Revolutionsbewegung hatte im November und noch Dezember 1918 „eine Gutmütigkeit, wie sie in solcher Vollendung nur in einigen Figuren alter englischer Romane zu finden ist. Auf ihre Fahnen hätte sie den Wahlspruch schreiben können: ‚Liebet Eure Feinde wie Euch selbst!‘ [...] Niemand wurde wegen seiner politischen Gesinnung verschleppt, eingekerkert, geschlagen oder gemordet, und wo Menschen an die Wand gestellt und füsiliert wurden, da wurden eben nur arme Proletarierjungen von weißgardistischen Kugeln niedergemäht. Eine anständige und naive Menschenklasse hatte ihren Einzug gehalten, ganz ohne grausame Instinkte, ohne den Wunsch nach Rache, mit jener angeborenen Achtung vor der Freiheit und dem Leben anderer, die den Zivilisierten vor dem Missbrauch der eigenen Freiheit bewahrt. Niemand hatte sadistische Gelüste oder antwortete mit dem Achselzucken der Verachtung, wenn man von Menschenrechten und Menschenwürde sprach.“ Theodor Wolff, *Der Marsch durch zwei Jahrzehnte*, Amsterdam 1936, S. 222.

beauftragten Anfang Januar 1919 in der Reichshauptstadt die Büchse der Pandora. „Die Herren des neuen Staates [waren] entschlossen, dem Volk zu demonstrieren, dass sie allen Gegnern ihrer Autorität mit rücksichtsloser Gewalt begegnen würden.“¹⁶ Dabei blieb es nicht. Der Gewalt von Regierungstruppen und Freikorps während des Berliner Generalstreiks vom 2. bis 6. März 1919 sowie den anschließenden Kämpfen im Osten der Hauptstadt fielen mehr als tausend Menschen aus der Berliner Arbeiterbevölkerung zum Opfer, auch durch Fliegerangriffe sowie den Einsatz von moderner schwerer Artillerie, Minen- und Flammenwerfern. Wenige Wochen später folgte die blutige Niederschlagung der Münchner Räterepublik 1919. Sie kostete ebenfalls mehr als tausend Menschen das Leben, vor allem auf Seiten der Aufständischen und der unbeteiligten Zivilbevölkerung.

Die politische Verantwortung für die gegenrevolutionären Gewaltexzesse lässt sich nicht auf einzelne Personen abwälzen. Noske war kein Alleintäter; Ebert, Scheidemann und andere führende Sozialdemokraten unterstützten ihn uneingeschränkt (wie Jones ausführlich belegt), während die liberalkonservative und auch die SPD-Presse die ausufernde Gewalt von Regierungstruppen und Freikorps mit unveholener Sympathie begleitete.¹⁷ Jones spricht von einem „abgründigen Hass, der sich in der sozialdemokratischen Führung angestaut hatte“, und dem „Durst nach Vergeltung“.¹⁸ Wie „unglaublich aggressiv“ die von Ebert später zu „braven Truppen der Republik“¹⁹ stilisierten Soldaten und Freikorps-Mitglieder in der Reichshauptstadt bereits in den ersten Januartagen 1919 agierten, zeigt sich nicht nur daran, dass Parlamentäre der Aufständischen und zahlreiche gefangen-genommene Revolutionäre erschossen wurden; auch „ein Offizier der Regierungstruppen wurde von wütenden Soldaten brutal zusammengeschlagen, nachdem er einigen der Rebellen die Hand geschüt-

¹⁶ Jones, *Anfang* (wie Anm. 1), S. 329.

¹⁷ Vgl. z. B. ebd., S. 257 f.

¹⁸ Ebd., S. 185.

¹⁹ Ebd., S. 207.

telt hatte“, weil sie ihn zuvor als Geisel gut behandelt hatten.²⁰ Die Gewaltakte der Regierungssoldaten Anfang März 1919 in Berlin nennt Jones das „Gründungsmassaker“ der Republik. Sie waren „ein Crescendo der Gewalt, das alles übertraf, was seit Anbruch der Moderne in irgendeiner deutschen Stadt oder Großstadt an Blutvergießen stattgefunden hat“.²¹

Founding Weimar – die Geburt der Weimarer Republik. Jones ruft ins Gedächtnis, was außerdem dazu gehört, seit langem bekannt ist und dennoch gern verdrängt wird: dass sich die Protagonisten einer entfesselten Gegenrevolution „ihrer Taten für den Rest ihres Lebens [...] rühmten“²² und, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, mit einer juristischen Ahndung nicht rechnen mussten.²³ Dahinter stand ein früher gegenrevolutionärer „Kult der Militanz“, ein „Klima der Paranoia“ und ein „Freund-Feind-Denken“ (das ein Carl Schmitt nur in einprägsame Formeln gießen musste), das breite adlige, bürgerliche und mittelständische Schichten prägte. Dahinter wiederum stand eine Mentalität, deren Wurzeln (so wäre Jones zu ergänzen) in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts zurückreichten. Gedeihen konnten das „Klima der Paranoia“ und ein „Kult der Militanz“, weil sich weite Kreise des Bürgertums, Kleinbürgertums, Adels und der Agrarbevölkerung von Industrialisierung, Urbanisierung und deren Folgewirkungen, den politischen und sozialen Emanzipationsforderungen der organisierten Arbeiter/innenschaft bedroht fühlten. Dieser sozialkulturelle Hintergrund erklärt wesentlich, warum der in der bundesdeutschen Historiographie „unpopuläre“ Schießbefehl Noskes in der zeitgenössischen bürgerlichen Öffentlichkeit so breite positive Resonanz fand.

²⁰ Ebd., S. 196.

²¹ Ebd., S. 238.

²² Ebd., S. 333 f.

²³ Vgl. ebd., z. B. S. 213–229, 270 ff. Zur politischen Justiz während der Nach-Revolutionzeit vgl. die einschlägigen Publikationen bereits von Zeitgenossen wie Emil Julius Gumbel, Otto Kirchheimer oder Franz Leopold Neumann.

Die immer weiter eskalierende gegenrevolutionäre Gewalt seit Dezember 1918 verfestigte diese Mentalität. Die Gewöhnung an Gewaltexzesse – und eine diese legitimierende mediale Berichterstattung und Kommentierung – erhöhte die Akzeptanz immer barbarischerer Gewaltakte. 1918/19 bildete sich ein „Muster des gewalttätigen [rechten] Straßenterrors“ aus, das die erste deutsche Demokratie bis zu ihrem Ende prägte und dem die Sozialdemokratie schließlich selbst zum Opfer fiel. „Die politischen und kulturellen Rechtfertigungen für nationalsozialistische Gewalt in der Schlussphase der Weimarer Republik wiesen viele Gemeinsamkeiten mit der Sprache und kollektiven Metaphorik auf, die zur Rechtfertigung staatlich legitimer Gewalt in ihrer Gründungsphase gedient hatten.“²⁴

II.

Die Monographie von Jones zeigt wieder einmal, wie produktiv der unbefangene Blick von außen auf die ‚deutschen Verhältnisse‘ sein kann. Statt parteipolitischer Verengung, gepaart mit dem Duktus staatstragender Verantwortlichkeit, der die auflagenstarken bundesdeutschen Publikationen der letzten zwei, drei Jahrzehnte zu 1918/19 geprägt hat, blickt Jones – der wissenschaftlich am Dublin University College sozialisiert wurde – analytisch nüchtern und politisch unvoreingenommen auf die Revolution, die er gleichwohl fesselnd darzustellen versteht. Statt vermeintlich ‚große Linien‘ zu ziehen, wie herkömmliche Überblicksdarstellungen – die, wenn sie die Gewaltgeschichte der zweiten Phase der Revolution ausklammern, schnell einen apologetischen Drive bekommen –, wendet Jones bewusst seinen „Blick nach unten, auf die Straßen, Innenhöfe und Keller“.²⁵ Das hat ihm nicht nur Beifall eingetragen.

Eine frühe Rezension hat Alexander Gallus in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 20. Mai 2017 veröffentlicht. Gallus, der 2010

²⁴ Ebd., S. 340.

²⁵ Ebd., S. 341.

einen beachtenswerten Aufsatzband mit Beiträgen über die „vergesene Revolution“ vorlegte,²⁶ würdigt die Darstellung von Jones durchaus, zeigt sich gleichwohl in den eigenen Grundüberzeugungen irritiert, wenn er im Duktus einer traditionellen Revolutionsbetrachtung fragt, „was eigentlich die formative Phase der Revolution war“. Das ist eine merkwürdige Frage. Denn allein die darin angelegte Alternativsetzung ist unsinnig. Sowohl die ‚erste‘ Phase der Revolution (November und Dezember 1918) als auch deren ‚zweite‘ Phase (Januar bis April 1919) „formierten“ die Weimarer Republik und drückten weit darüber hinaus der deutschen Geschichte nachhaltig ihren Stempel auf. Sie taten dies allerdings auf unterschiedlichen Ebenen. Das sogenannte Zentral-Arbeitsgemeinschafts-Abkommen (ZAG-Abkommen) vom 15. November 1918, nach den Protagonisten auch Stinnes-Legien-Abkommen genannt, sicherte den Unternehmern den industriellen Privatbesitz selbst in Wirtschaftszweigen wie der Schwerindustrie (Steinkohle, Eisen und Stahl), die bis weit in rechtssozialdemokratische und bürgerlich-linksliberale Kreise hinein als ‚reif‘ für die Sozialisierung galten.²⁷ Im Gegenzug gestanden die Unternehmer den Acht-Stunden-Tag sowie verbindliche einzelbetriebliche Arbeitsausschüsse zu und erkannten die Gewerkschaften grundsätzlich als legitime Vertretung der Arbeitnehmerschaft an. Die der Mehrheitssozialdemokratie nahestehenden Arbeitnehmer/innenverbände ließen sich auf dieses politische Tauschgeschäft ein, obwohl die private Industrie unter massivem Druck stand und eine Woche nach der Berli-

²⁶ Alexander Gallus (Hg.), *Die vergessene Revolution von 1918/19*, Göttingen 2010. Gallus ist in erster Linie ideengeschichtlich profiliert. Wichtig ist von ihm u. a.: *Heimat ‚Weltbühne‘. Eine Intellektuellengeschichte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2012. Vgl. als weiteren wichtigen Aufsatzband zur Revolution: Karl Christian Führer / Jürgen Mittag / Axel Schildt / Klaus Tenfelde (Hg.), *Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1920*, Essen 2013. Wichtige Beiträge finden sich auch in den letzten Jahrgängen vor allem von: *Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien*. Einen guten Forschungsüberblick bietet: Nils Freytag, *Steckengeblieben – Vernachlässigt – Vergessen. Neuerscheinungen zur Revolution 1918/19*, in: *sehepunkte*, 13 (2013), 3, [<http://www.sehepunkte.de/2013/03/21766.html>].

²⁷ Die Forschungen dazu sind umfänglich. Wie selbstverständlich die Forderung nach Sozialisierung war, hat bereits Arthur Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 1973 (zuerst Karlsbad 1935), S. 74 konstatiert.

ner Novemberrevolution eine grundlegende Neuorientierung in Richtung nicht-kapitalistischer Produktionsverhältnisse möglich war – und von zahllosen Zeitgenossen und Zeitgenossinnen auch erwartet wurde.

Zwar votierte der mehrheitssozialdemokratisch dominierte Erste Reichsrätekongress Mitte Dezember 1918 für eine parlamentarische Republik (und die eigene Entmachtung). Endgültig waren die Weichen in Richtung einer Republik, die auf tiefere ökonomische Schnitte verzichtete und auch politisch vieles beim Alten ließ, damit jedoch noch keineswegs gestellt. Wie offen die Situation war, welche Handlungsräume für eine basisdemokratisch verankerte Republik weiterhin blieben, zeigen (negativ) die berühmten Hamburger Punkte, denen die Delegierten des Ersten Reichsrätekongresses ebenfalls mit großer Mehrheit zustimmten. Sie sahen vor, dass die Volksbeauftragten und der Vollzugsrat der Räte die Kommandogewalt über das Heer übernehmen, die Soldatenräte für die Aufrechterhaltung der Disziplin verantwortlich sein sollten, alle Rangabzeichen abgeschafft würden und mittelfristig eine „Volkswehr“ aufgebaut werden solle.²⁸ Nichts davon wurde verwirklicht, im Unterschied zum Parlamentarismus-Beschluss. Mit anderen Worten: Was an Voten und Vereinbarungen der ersten Revolutionswochen Papier blieb und was Realität wurde, entschied sich erst in der Folgezeit, im Kampf um die politische Hegemonie im Deutschen Reich.

Beide genannten Grundsatzentscheidungen – für die uneingeschränkte Beibehaltung des Privateigentums an industriellen Produktionsmitteln und für ein parlamentarisches System – wurden in den folgenden Monaten von breiten Arbeiter/innenschichten und von den revolutionären Strömungen der Arbeiter/innenbewegung, einschließlich des linken Flügels der MSPD, regelmäßig infrage gestellt. Diese konnten sich damit nicht durchsetzen. Das erscheint jedoch nur im

²⁸ Vgl. Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte, eingel. von Friedrich Helm und Peter Schmitt-Egner (Reprint), Glashütten im Taunus 1972, Sp. 129 ff.

Rückblick als zwangsläufiger Prozess. Tatsächlich waren die politischen Konstellationen im November und Dezember 1918 keineswegs unabänderlich festgezurr; die Ereignisse und Entwicklungen 1919 waren kein bloßer, letztlich irrelevanter Nachhall. Vielmehr blieb die Situation, der ‚Ausgang‘ des revolutionären Umbruchs 1918/19, offen.

Was Gallus bei der Formulierung seiner Frage ausblendete: Revolutionen sind stets Zeiten einer ungemeinen und selbst für herausragende zeitgenössische Akteure oft überraschenden Dynamik. Dass revolutionäre Entwicklungen alternativlos gewesen seien, erscheint nur Historikern mitunter so – retrospektiv. Revolutionen als in besonderem Maße ‚offene‘ historische Situationen, in denen Akteursgruppen sehr viel stärker als in ‚ruhigen‘ Phasen die Gelegenheit besitzen, gestaltend das Rad der Geschichte zu drehen, sind grundsätzlich nicht kalkulierbar und nehmen manchmal plötzliche Wendungen. Welche Dynamik revolutionäre Umbruchprozesse entwickeln können, ließ sich ein gutes Jahr vor Beginn der Novemberrevolution außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches beobachten: Noch auf dem Allrussischen Rätekongress vom 16. (3.) Juni 1917 waren die Bolschewiki mit 103 Delegierten oder 13 Prozent sämtlicher Delegierter eine kleine Minderheit. Vier Monate später übernahmen sie die politische Macht. Abwegig war es nicht, eine ähnliche Dynamik auch für die Verhältnisse im Deutschen Reich zu unterstellen. Die Entwicklungen zwischen Januar und Februar 1919 zeigten in allen größeren Industriezentren unübersehbar Symptome einer Radikalisierung nach links, keineswegs nur in der Reichshauptstadt. Mit den 37,9 Prozent der Wählerstimmen, die die MSPD bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 erhielt, hatte die Partei Eberts ihren Zenit erreicht; danach erodierte ihre soziale Basis vor allem zugunsten des linken USPD-Flügels rasch.

Gallus’ Frage, „was eigentlich die formative Phase der Revolution war“, lässt sich ironisch beantworten: Es war nicht der November und Dezember 1918. Die Frage nach der politischen und sozialen Ge-

stalt der künftigen deutschen Republik blieb bis mindestens Sommer 1920 offen, als nach dem erfolgreichen Widerstand einer vorübergehend geeinten Arbeiterbewegung gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch die Reichsregierung die (weiterhin) von der Forderung nach einer Sozialisierung der Schwerindustrie getragenen Arbeiteraufstände im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland von Reichswehr und Freikorps niederschlagen ließ (die sich vor diesem Hintergrund aufdrängende Frage, wann die Revolution endete, wird deshalb auch künftig nicht eindeutig beantwortet werden). Früher wurden Revolution und Republik dagegen auf einer anderen Ebene „formiert“ oder „formatiert“ – auf der von Jones näher in Augenschein genommenen Gewalt-Ebene. Zwischen Januar und April 1919 wurden Dämme eingerissen, die sich in der Folgezeit nicht mehr schließen ließen und die der deutschen und europäischen Geschichte des nächsten Vierteljahrhunderts entscheidend Bahn brachen – ohne dass diese Geschichte ‚alternativlos‘ gewesen wäre. Dies in einer bisher einzigartigen Weise gezeigt zu haben, ist das große Verdienst von Mark Jones.

Alexander Gallus und mit denselben Worten auch Lothar Machtan, ebenfalls in einer Rezension des Buches von Jones,²⁹ meinen die innovative Qualität der Analysen von Jones mit der Formel vom „Modethema Gewalt“ abtun zu können. Implizit verweisen Gallus wie Machtan – der 2008 ein populär gehaltenes Buch über die Abdankung der Fürsten 1918 veröffentlichte³⁰ – damit auf einen Forschungsstrang, der in den letzten Jahrzehnten den fachwissenschaftlichen Diskurs über die NS-Diktatur sowie überhaupt die europäische Geschichte zwischen 1914 und 1945 geprägt hat (an dem sie selbst freilich nicht beteiligt waren).³¹ Die Debatten der NS-„Gewaltgeschichte“ haben Jones zwei-

²⁹ In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 66 (2018), 1, S. 87–91.

³⁰ Lothar Machtan, „Macht doch euern Dreck alleene!“ Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen, Augsburg 2012 (zuerst 2008). Vgl. auch z. B. ders., Der erstaunlich lautlose Untergang von Monarchie und Bundesfürstentümern – ein Erklärungsangebot, in: Gallus (Hg.), Vergessene Revolution (wie Anm. 26), S. 39–56.

³¹ Machtan ist innerhalb der NS-Forschung bislang nur durch eine umstrittene Hitler-Biographie bekannt geworden (Hitlers Geheimnis. Das Doppelleben eines Diktators, Berlin 2001). Seine Verdienste liegen auf verschiedenen Feldern der deutschen Geschichte des ausgehenden

felsohne inspiriert und seine Thesen beeinflusst. Insofern mag das Verdikt „Modethema“ durchaus treffen. Während allerdings herausragende Protagonisten dieser Debatte wie Timothy Snyder³² und Jörg Baberowski³³ faschistische, nazistische und vor allem stalinistische Gewaltexzesse essentialisieren und unhistorisch von „Bloodlands“ und Ähnlichem sprechen, schaut Jones genau hin und beschreibt die einzelnen Drehungen der Gewaltspirale in Deutschland zwischen November 1918 und April 1919, ohne darauf zu verzichten, Ross und Reiter zu benennen und den jeweiligen Hintergrund auszuleuchten. „Modisch“ war es bisher jedenfalls nicht, für 1918/19 die Frage der Gewalt zu thematisieren, schon gar nicht derart systematisch wie bei Mark Jones. „Modisch“ war in den letzten drei Jahrzehnten eher das Gegenteil – das Ausblenden der Gewalt und die Konstruktion eines stromlinienförmigen Narrativs, das die Geschichte von 1918/19 zu einer zentralen Etappe eines deutschen „Weges nach Westen“ stilisiert.

Während Gallus Jones' Buch immerhin als „Geschichtsdarstellung von erzählerischer Qualität“ schätzt sowie dessen „Thesenstärke“ hervorhebt, Jens Bisky in der *Süddeutschen Zeitung* vom 1. Juni 2017 den „genauen Blick“ von Jones lobt und auch Tilmann Asmus Fischer in der *taz* vom 12. August 2017 dessen „Gewaltsoziologie überzeugend“ findet, blickt Lothar Machtan in seiner bereits erwähnten Rezension deutlich kritischer auf die Monographie von Mark Jones. Dieser thematisiere „nur einen Aspekt der sehr viel komplizierteren deutschen

19. Jahrhunderts. Vgl. vor allem: Streiks im frühen Kaiserreich, Frankfurt a. M. 1983; Bismarcks Tod und Deutschlands Tränen. Reportage einer Tragödie, München 1998.

³² Vgl. vor allem Timothy Snyder, *Bloodlands. Europe between Hitler and Stalin*, New York 2010 (dt. 2011).

³³ Vgl. zuletzt: Jörg Baberowski, *Räume der Gewalt*, Frankfurt a. M. 2015. Wohltuend hebt sich eine ganze Reihe neuerer differenzierender, oft vergleichend angelegter Untersuchungen von derartigen Publikationen ab. Vgl. namentlich Stefan Plaggenborg, *Ordnung und Gewalt. Kemalismus – Faschismus – Sozialismus*, München 2012. Vgl. hierzu sowie überhaupt zu diversen Neuerscheinungen der vergleichenden Faschismusforschung: Rüdiger Hachmann, *Wie einzigartig war das NS-Regime? Autoritäre Herrschaftssysteme der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Vergleich – ein Forschungsbericht*, in: *Neue Politische Literatur*, LXII (2017), 2, S. 229–280.

Revolutionsgeschichte“. Machtan sind „Fokus und auch die Leitperspektive der Untersuchung viel zu eng“; es fehlten „eine sachlich abwägende Beurteilung der politischen Prägekraft der Ereignisse 1918/19“ sowie der „Blick über den Tellerrand hinaus“, etwa nach Italien. Auch konzeptionell sei Jones' Buch nicht innovativ. Gleichzeitig fällt Machtan hinter die Untersuchung und die Ergebnisse von Mark Jones – und vor ihm namentlich Dietmar Lange – zurück, wenn er von einem „beiderseitigen Drehen an der Gewaltspirale“ spricht und das Gewaltthema zu einer essentialistischen Psychogeschichte bagatellisiert, nämlich Gewalt zu einem „emotionsgeschichtlichen Phänomen, genauer ein[em] psychopolitischen [macht], bei dem auch Neurosen eine Rolle gespielt haben dürften“. Noske als neurotisch getriebener Psychopath?

Noch schärfer als Machtan geht Dirk Schumann in einer Rezension auf *H-Soz-Kult* mit Jones ins Gericht.³⁴ Schumann wirft Jones vor, dass er mit der überkommenen Forschung gebrochen habe. Prämisse seiner Kritik ist, dass in der „neueren Historiographie zur Revolution 1918/19“ – also in den relativ wenigen Studien seit 1989/90 – „nicht grundsätzlich strittig“ sei, „wie Genese und Eskalation der im Frühjahr 1919 einen schrecklichen Höhepunkt erreichenden Bürgerkriegsgewalt zu erklären sind“. Hinter diese Behauptung sind kräftige Fragezeichen zu setzen, ebenso hinter die folgenden, in ein merkwürdiges Passiv gesetzten Feststellungen: „Dass die sozialdemokratische Regierung unter Friedrich Ebert berechtigt war, gegen linksradikale Umsturzversuche auch mit militärischen Mitteln vorzugehen, wird nicht prinzipiell bezweifelt.“ Und: „Außer Frage steht auch, dass beide Seiten an der Eskalation seit den Weihnachtskämpfen 1918 [gleichermaßen] Schuld trugen und dafür übersteigerte Erwartungen einer zweiten Revolution auf der einen Seite und eine Überschätzung ihrer Trägerschaft sowie überzogene Ängste vor ei-

³⁴ Die folgenden Zitate aus: Dirk Schumann, Rezension zu Mark Jones, Am Anfang war Gewalt [...], in: *H-Soz-Kult*, 26. Oktober 2017, [<https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rez-buecher-27742>].

nem drohenden Chaos auf der anderen die zentrale Rolle spielten.“ Übersteigert, überzogen, überschätzt – das sind eher retrospektiv gesetzte, moralisierende Urteile, angelehnt an eine fiktive Norm eines wie auch immer ‚angemessenen‘ Verhaltens. Analytisch helfen sie wenig. Vor allem aber: Auf welche Forschungen zur gerade auch von der akademischen Historiographie (nach Gallus:) ja eigentlich „vergessenen“ Revolution beziehen sich diese Behauptungen? Jedenfalls nicht auf wichtige jüngere Arbeiten, die sich in den letzten Jahren unterschiedlichen Themen der Revolution gewidmet, empirische Kärnerarbeit geleistet und innovative Thesen formuliert haben. Etwa die quellengesättigten, sachlich-nüchternen Untersuchungen von Dietmar Lange über den Berliner Generalstreik und den von den Freikorps provozierten kurzen Bürgerkrieg in der Reichshauptstadt Anfang März 1919³⁵ oder Axel Weipert über Rätebewegungen und Rätetheorien.³⁶

Diese und andere haben gezeigt, dass die für große Teile der überkommenen Historiographie zur Weimarer Republik konstitutive These vom sich bereits in den Anfangstagen angeblich gegenseitig ‚aufschaukelnden Extremismus‘ kontraproduktiv und letztlich ideologisch ist. Die eigentümliche Vehemenz, mit der die einem traditionellen Geschichtsbild verpflichteten Historiker – keineswegs nur Schumann, auch andere Rezensenten³⁷ – unverdrossen dieses historiographische

³⁵ Dietmar Lange, Massenstreik und Schießbefehl. Generalstreik und Märzkämpfe in Berlin 1919, Münster 2012.

³⁶ Axel Weipert, Die zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin 2015.

³⁷ Ähnlich auch z. B. Hannes Schwenger im „Tagesspiegel“ vom 21. Juni 2017 („Manchmal muss es Revolution sein“). Schwenger wirft Jones zudem vor, dieser habe sich auf die Seite von Ernst Noltes Kritikern im ‚Historikerstreit‘ begeben; er unterstellt Jones gleichzeitig fälschlicherweise, dieser behaupte, „leninistischer Putschismus und republikanische ‚Gründungs-gewalt‘ [hätten] beide gemeinsam den Keim zu den Gewaltexzessen des ‚Dritten Reiches‘ gelegt“. Genau diesen Mythos aber dekonstruiert Jones, indem er Ursachen, Auslöser, Formen und Folgen der Gewalt 1918/19 genau untersucht. Kurios ist, dass Leo Schwarz in der politisch eigentlich ganz anders als der „Tagesspiegel“ gepolten „Jungen Welt“ vom 19. Februar 2018 („Angst vorm Schloßgespenst“, Untertitel: „Nolte reloaded?“) die Kritik von Schwenger wiederholt. Schwarz, der das Buch von Jones offenbar nur oberflächlich zur Kenntnis genommen hat, behauptet eine „Nähe“ von Jones zu Ernst Nolte, was absurd ist, und degradiert dessen Dissertation überdies zur „Psychohistorie“.

Ideologem postulieren, ändert daran nichts. Diejenigen, die der Behauptung einer sich angeblich gegenseitig ‚aufschaukelnden‘ Gewaltspirale (an der ‚links‘ und ‚rechts‘ gleichermaßen beteiligt gewesen seien) folgen, legen sich Scheuklappen an. Tatsächlich handelt es sich (das zeigt gerade die Untersuchung von Jones sehr schön) um ein Relikt ideologierter und simplifizierender Totalitarismustheorien. Statt sich den Blick auf solche oder andere Weise für die empirischen Konstellationen unnötig zu verstellen, sollten sich Revolutionshistoriker/innen einen unbefangenen Blick bewahren – so wie Jones, dessen Darstellung bis in einzelne Formulierungen hinein die Erschütterung darüber anzumerken ist, dass es eine sozialdemokratische Regierung war, die eine bis dahin beispiellose Gewalteskalation auslöste und legitimierte, einen Bürgerkrieg auch gegen Teile der eigenen sozialen Basis. Gerade neuere Untersuchungen wie die von Lange und Weipert zeigen ja überzeugend, dass die vorgeblichen „linksradikalen“ Massen zu erheblichen Teilen Eberts und Noskes (ursprünglich) eigene Anhängerschaft waren³⁸ – und sich erst nach den Januar- und März-Ereignissen in der Hauptstadt, und anderswo, von der (M)SPD abwandten.

Eingängige, nur scheinbar eindeutige Formeln, wie auch Schumann sie verwendet, verdunkeln eher, als dass sie erhellen – auch sonst. Was heißt zum Beispiel „linksradikale Umsturzversuche“? Dass der angebliche Berliner Spartakusaufstand eine spontane Erhebung war und sowohl die frisch gegründete KPD als auch die USPD und die Revo-

³⁸ Leo Schwarz weist in seiner Rezension (Anm. 37) zu Recht darauf hin, dass bereits die einfache Existenz politischer Arbeiterräte die „besitzenden Klassen“ und darüber hinaus weitere Teile des Bürgertums „herausgefordert“ habe und die „Lüge von den ‚bolschewistischen Räten‘“, die tatsächlich jedenfalls in den ersten Wochen mehrheitlich zur MSPD tendierten, „nicht einfach ein Fehlurteil, sondern ein sehr realer bürgerlicher Klassenstandpunkt [war], der grundsätzlich und hartnäckig jede politische Vertretung und Mitsprache der Arbeiterklasse jenseits einer so beschränkt und entrückt wie möglich definierten parlamentarischen Repräsentation ablehnte“. Zusätzlich aufgeladen wurde der „Klassenstandpunkt“, so wäre zu ergänzen, durch einen angstgetriebenen, pejorativen Massendiskurs im Bürgertum und Kleinbürgertum, der sich bereits im Vormärz beobachten lässt und durch die Revolution von 1848/49, den Aufstieg der Sozialdemokratie Ende des 19. Jahrhunderts sowie dann 1918/19 massive Schübe erfuhr.

lutionären Obleute dabei völlig hilflos agierten, ist seit Jahrzehnten hinlänglich bekannt. Selbst die Ersetzung des ursprünglichen, suggestiven, völlig verzerrenden Schlagworts „Spartakusputsch“ durch „Januaraufstand“ greift noch zu kurz, um das Moment der Spontaneität und Hilflosigkeit, die zehntausende Berliner/-innen in den Anfangstagen des Jahres auf die Straßen und in einen chaotischen Aktionismus trieben, „auf den Begriff“ zu bringen. Floskeln wie „linksradikal“ und „linksradikale Umsturzversuche“ vernebeln die konkreten historischen Zusammenhänge und die – von der Forschung oft unterschätzten – Entwicklungsdynamiken. Dies gilt insbesondere für die Linke, auch für die an der Jahreswende gegründete KPD – einen (so würde man heute vielleicht salopp formulieren) Chaotenverein, der nicht „bolschewistisch“ war.³⁹ Es ist kein Zufall, dass sich die meisten der wichtigeren Delegierten des KPD-Gründungsparteitages Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre in der antistalinistischen „Kommunistischen Partei Opposition“ und der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ wiederfanden. Davon, wie fließend die Übergänge zwischen den verschiedenen linken Strömungen, Organisationen sowie Parteien waren und wie die Brüche sein konnten, zeugt auch der nähere Blick auf Biographien, Erinnerungen und Schriften herausragender Protagonisten – etwa von Richard Müller,⁴⁰ von Paul Levi (der 1919 bis Anfang 1921 KPD-Vorsitzender war und 1922 zur SPD wechselte)⁴¹ oder auch von Ernst Reuter (der unter dem Tarnnamen

³⁹ Abgeschlossen wurde die Stalinisierung der KPD erst in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre. Wer sich ein Bild vom inneren Zustand der KPD in ihren Anfangstagen machen will, sei auf das von Hermann Weber herausgegebene Protokoll des Gründungsparteitages (Frankfurt a. M. / Wien 1969) verwiesen.

⁴⁰ Ralf Hoffrogge, Richard Müller – der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008. Müller publizierte 1925 eine wichtige umfängliche Darstellung, die zwischen Dokumentation und Erinnerung oszilliert, „Vom Kaiserreich zur Revolution“, „Die Novemberrevolution“, „Der Bürgerkrieg in Deutschland“. Diese drei Bände des Hauptprotagonisten der revolutionären Obleute, die zahllose wichtige Quellen im Wortlaut enthalten und ein vergleichsweise differenziertes Bild der politischen Entwicklungen und Zentralereignisse zeichnen, sind 1974 (Westberlin, Olle & Wolter) und 2011 (Hg. von Ralf Hoffrogge) als Reprint erschienen.

⁴¹ Vgl. Paul Levi, Gesammelte Schriften, Reden, Briefe, hg. von Jörn Schütrumpf, mehrere Bde., Berlin 2016, sowie bereits ders., Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften,

„Friesland“ dem linksradikalen Flügel der KPD angehörte und als einer der ganz wenigen KPD-Mitglieder direkte Kontakte nach ‚Moskau‘ besaß, also als einer von ganz wenigen überhaupt als deutscher „Bolschewist“ im weiteren Sinne klassifiziert werden kann).

Politische Sympathie für Ebert, Scheidemann und überhaupt die Führung der Mehrheitssozialdemokratie ist legitim. Aber eine solche Parteinahme sollte kritisches Nachfragen oder überhaupt nur einen genaueren Blick nicht im Vorfeld delegitimieren – etwa durch die Behauptung einer angeblichen allgemein anerkannten „Berechtigung, gegen linksradikale Umsturzversuche auch mit militärischen Mitteln vorzugehen“. Wer „berechtigte“ Ebert? In welcher Perspektive waren Ebert – und, so muss man immer ergänzen: auch Noske und andere herausragende Akteure – „berechtigt“? Das hinter derartigen Formulierungen unausgesprochen stehende überhistorische Staatskonzept („Monopol legitimer Gewalt“) ist problematisch, gerade in revolutionären Situationen, in denen größere Akteursgruppen daran gehen, die bestehenden (mindestens) politischen Verhältnisse umzustürzen.

Schumann, ein ausgewiesener Kenner der Weimarer Republik, der selbst auf dem von Jones thematisierten Feld geforscht hat,⁴² kritisierte dessen Buch nicht zuletzt, weil dieser die Rolle der Mehrheitssozialdemokratie eingehend betrachtet. Ihn stört, dass „Jones den Mehrheitssozialdemokraten vorhält, sie hätten im Januar 1919 ‚ihre Herrschaft mit blutiger Gewalt‘ (S. 189) verteidigen wollen“. Dies sei eine mindestens „fragwürdige Formulierung“. Und: „Für ihn ist Noskes Schießbefehl ‚ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu den Schrecken des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkriegs‘ (S. 254).“ Das sei eine „wackelige Kontinuitätskonstruktion“. Wenn Jones behauptete, „die ‚wirklichen Gründungspfeiler der Republik waren Gewalt und negative Mythen über die im Magma der Revolution rumorenden Gefahren““ (S. 291), blende er positive „Aspekte der Weimarer Grün-

Aufsätze, Reden und Briefe, hg. und eingel. von Charlotte Beradt, Frankfurt a. M. / Wien 1969.

⁴² Vgl. vor allem Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001.

„Ereignisgeschichte“ wie das Frauenwahlrecht und die Verfassungsgebung aus. Diese Kritik ist mindestens ungenau. Denn Jones weist durchaus auf die Errungenschaften der Weimarer Republik hin, nimmt für sich allerdings das Recht in Anspruch, in der eigenen Darstellung Schwerpunkte zu setzen und eine Revolutionsgeschichte in spezifischer Perspektive zu schreiben. Er selbst spricht bescheiden von seinem „speziellen Blickwinkel der Gewalt“.⁴³

Jones hat keine Enzyklopädie der Revolution geschrieben. Er setzt bewusst Schlaglichter, will bisher weitgehend ignorierte oder aber bagatellierte Aspekte der Revolutionsgeschichte ausleuchten und sie so überhaupt erst in den geschichtswissenschaftlichen Diskurs ziehen. Dabei müssen selbstverständlich viele Fragen offen bleiben. Akteure, Ereignisse und die aus ihnen entstehende und immer weiter getriebene Gewaltspirale wirken in Jones' Darstellung in vielen Fällen merkwürdig voraussetzungslos. So ist es beispielsweise nur schwer zu verstehen, dass die Führung einer Partei, die sich bis zum Sommer 1914 eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft auch durch einen revolutionären Umbruch verbal-programmatisch auf ihre Fahnen geschrieben hatte, nun das Bündnis mit einem hochgradig antidemokratischen Militär sowie darüber hinaus mit den alten wilhelminischen Eliten letztlich gegen die eigene soziale Basis suchte. Hier müsste man in der Tat tiefer bohren: Die Oligarchisierungstendenzen der alten Sozialdemokratie und der Wunsch führender, oft aus ‚kleinsten Verhältnissen‘ stammender Genossen, nun endlich von den alten Eliten ernst genommen zu werden, sowie die Strahlkraft eines wilhelminischen Ethos, das Disziplin und Ehre, Härte und Unerbittlichkeit zu Kernelementen männlicher Tugend verklärte, wären allerdings ein eigenes Themenfeld (zu dem freilich ältere Vorarbeiten existieren). Ebenso bleiben bei Jones die mit der Mehrheitssozialdemokratie konkurrierenden linken Akteursgruppen eigentümlich blass, namentlich die höchst heterogene USPD sowie die von Jones nur beiläufig erwähnten Revolutionären Obleute, die in Berlin auch politisch eine

⁴³ Jones, Anfang (wie Anm. 1), S. 11.

starke Strömung waren. Relativ ausführlich thematisiert er hingegen den Spartakusbund beziehungsweise die KPD, personalistisch freilich verengt auf Karl Liebknecht, den er – übertreibend – zum „unsichtbaren Priester der Revolution“ deklariert.⁴⁴

Kritisieren kann man auch, dass bei Jones der Blick über den nationalen „Tellerrand hinaus“ fehlt (Machtan). Tatsächlich hat beispielsweise Robert Gerwarth in seiner eindrucksvollen Studie über „das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs“ eindrucksvoll gezeigt, dass die Gewaltexzesse in anderen mitteleuropäischen Staaten in ihrem Verlauf wie in den Formen ein ganz ähnliches Muster wie im Deutschen Reich aufwiesen, gegen Sozialisten und Gewerkschafter, nicht zuletzt gegen diejenigen, die nach rassistischen Kriterien als „Juden“ galten, die von den protofaschistischen ungarischen Milizionären als „fanatisch menschliche Tiere, deren Köpfe berauscht waren mit Marx' verquerer Ideologie“, beschrieben wurden. Die Mitglieder der Führung der ungarischen Räterepublik galten der extremen Rechten dort als „kleine ölige Juden mit – mottenzerfressener Pelz – grüner Schlips nur noch wie ein Strick – schmutziger Kragen“.⁴⁵ Anderswo scheint der Antisemitismus sogar noch stärker gewesen zu sein; allerdings fehlen für den Antisemitismus im Deutschen Reich 1918/19 gründlichere empirische Untersuchungen. Wichtig wäre der international vergleichende Blick nicht zuletzt, um voreiligen Schlüssen für einen ‚deutschen Sonderweg‘ entgegenzutreten. Auffällig ist jedenfalls, dass Freikorps und frühfaschistische Verbände anderer europäischer Staa-

⁴⁴ Ebd., S. 156. Jones psychologisiert Liebknecht als „[g]etrieben von dem allen Extremisten eigenen Hunger nach öffentlicher Aufmerksamkeit“ (ebd., S. 82 u. 89).

⁴⁵ Robert Gerwarth, *Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs*, München 2017; Zitate: S. 179, 182. Gerwarth zeigt auch, dass der Antisemitismus keine Eigenheit nur der Freikorps und frühen proto-faschistischen Organisationen war, sondern weit darüber hinaus im konservativen Bürgertum fest verankert war (bis hin zu Churchill). Vgl. vor allem ebd., S. 185–191; außerdem als Überblick ders., Im „Spinnennetz“. Gegenrevolutionäre Gewalt in den besiegten Staaten Europas, in: ders. (Hg.), *Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2013, S. 108–133 (mit weiteren spannenden Aufsätzen zu Finnland, Italien, Ungarn, den baltischen Staaten u. a.).

ten auch in ihren sonstigen Feindbildern denen in Deutschland auf frappante Weise ähnelten.⁴⁶

Fragen kann man darüber hinaus, ob Jones mit seiner Gewaltgeschichte der Revolution von 1918/19 nicht eigentlich nur ein besonders prominentes und angesichts der Quellenfülle recht gut zu beschreibendes Exemplum thematisiert. Sind nicht fast alle – gescheiterten – Revolutionen dadurch charakterisiert, dass ihr Beginn relativ friedlich und Gewalt lediglich defensiv war, die Folge von Panikreaktionen? War nicht oft auch schon in älteren Revolutionen die gegenrevolutionäre Gewalt besonders blutig – und in ihren Dimensionen ‚unnötig‘, um ‚Ruhe und Ordnung‘ sowie die überkommenen politischen Verhältnisse wieder herzustellen? Für 1848/49 ist dieser Befund eindeutig, mindestens wenn man auf Paris – die Februarrevolution und die Märzrevolution dort und dann die Gegenrevolution Ende Oktober, Anfang November – schaut.⁴⁷ Dasselbe gilt für die Pariser Commune.⁴⁸ Dieses Muster verlieren Historiker/innen leicht aus dem Blick, da sie oft ‚Revolution‘ und ‚Gewalt‘ essentialistisch zusammendenken, jedoch nur selten empirisch detaillierter untersuchen. Genau hier liegt das Verdienst von Jones.

Die genannten und ebenso andere Defizite sind Jones nicht nachzutragen. So ist Mark Jones, der lange Zeit am Centre of War Studies des University Colleges in Dublin gewesen ist, dessen Gründungsdirektor Robert Gerwarth war, selbstverständlich namentlich die internationale Dimension der Ideologie und Gewaltpraxis der europäischen

⁴⁶ Vgl. z. B. das gleichzeitig von Angst und Sexismus geprägte Bild von den „Roten Amazonen“. Wie in Deutschland galt auch namentlich in Ungarn „die ‚Säuberung‘ des Landes von seinen inneren Feinden als notwendige Voraussetzung einer nationalen Wiedergeburt“. Ebd., S. 183.

⁴⁷ Vgl. z. B. Rüdiger Hachmann, Hinabgestiegen von den Barrikaden? Revolutionäre und gegenrevolutionäre Gewalt 1848/49, in: Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Gewalt im politischen Raum. Fallanalysen vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2008, S. 134–163, bes. S. 153 ff.

⁴⁸ Ohne einer schlichten Revolutionsapologie das Wort reden zu wollen: Auch dem Grand Terreur 1793/94 ging der seit 1792 von Preußen und Österreich geführte Krieg voraus, dem sich England wenig später anschloss. Und auch der „Rote Terror“ der Oktoberrevolution ist ohne den ihm vorausgehenden „Weißen Terror“ und die Interventionen ausländischer Mächte nicht zu erklären (damit allerdings auch nicht zu rechtfertigen, vor allem nicht retrospektiv).

Rechtsextremisten nach dem Ersten Weltkrieg bekannt. Er hat sich bewusst auf den deutschen Raum beschränkt. Und auch sonst kann und will sein Buch keine abschließende Darstellung sein. Seine Monographie ist vielmehr ein Auftakt – der Auftakt zu neuen Forschungen über die Revolution von 1918/19, mit veränderten Fragestellungen und neuen Perspektiven. Neue Perspektiven – das zielt nicht darauf, wie auch immer geartete ‚alte Linien‘ der Revolutionshistoriographie durch eine ‚neue Linie‘ zu ersetzen. Es kann nicht darum gehen, neue ‚Narrative‘ zu setzen, weder im Sinne einer auch nur indirekten parteipolitischen Verpflichtung noch im Sinne einer absichtsvollen Simplifizierung oder gar einer gezielten Mythenbildung.⁴⁹ Umgekehrt sind aber auch nicht bloß einige neue Fragestellungen aufzulisten. Zu fragen ist in einem ersten Schritt vielmehr: Was bringt uns heute überhaupt eine erneute Beschäftigung mit der Revolution von 1918/19? ‚Geschichte‘ ist immer mit Gegenwart verknüpft, Geschichtsschreibung mit der Gegenwart des schreibenden Historikers, gleichgültig ob der sich das eingesteht oder nicht. Neue Fragestellungen und überhaupt ein neu gewecktes Interesse an bestimmten historischen Themen entstehen nicht zufällig. Sie verweisen auf Veränderungen der jeweiligen Gegenwart, aus der heraus die Historiker die Vergangenheit(en) in den Blick nehmen. Die Geschichte(n) von Revolutionen zeigen dies besonders augenfällig. Die folgenden Schlaglichter auf sehr unterschiedliche Erkenntnisinteressen und Paradigmen, die die Historiographie zur Revolution von 1918/19 in den letzten hundert Jahren durchlaufen hat, sollen dies exemplarisch illustrieren.

⁴⁹ Der Begriff des ‚Narrativs‘ hat nicht zufällig im aktuellen geschichtswissenschaftlichen Diskurs Hochkonjunktur. Er verweist auf eine verbreitete Bereitschaft, die eigenen Darstellungen in aktuelle (politische) Trends einzupassen, und leistet einem Verzicht auf differenzierende Argumentationen Vorschub. Auf die materiellen Hintergründe dieses Trends, u. a. das wachsende Gewicht der ‚Drittmittelgeber‘ (auch) für die historische Forschung sowie die Bedeutung der Auftragsforschung, kann hier nicht eingegangen werden.

III.

Die Weimarer Republik war ein höchst ungünstiger Nährboden für eine auch nur einigermaßen seriöse (zeit-)historische Forschung.⁵⁰ Das Schicksal der „Kautsky-Edition“ ist symptomatisch. Kautsky, der vor 1914 den Marxismus Engels'scher Prägung theoretisch dogmatisiert hatte, der USPD beigetreten und im November 1918 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt geworden war, erhielt den Auftrag, alle bekannten deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch zu veröffentlichen. Ende März 1919 war die Edition publikationsreif. Entgegen dem Votum Kautskys verzichtete die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung auf eine Veröffentlichung der Dokumente, aus Angst, nicht nur die Kriegsschuld-Position der Alliierten zu stärken, sondern sich den Zorn des liberal-konservativen bürgerlichen Lagers zuzuziehen. Eine Versachlichung der Debatte hatte auch Kurt Eisner im Sinn, als er Ende November 1918 die Berichte, die der königlich-bayerische Gesandte in Berlin Mitte 1914 nach München übermittelt hatte, teilveröffentlichte und auf diese Weise deutlich machte, wer für die Eskalation der Julikrise 1914 maßgeblich verantwortlich gewesen war. Auch deswegen zog Eisner den Hass eines breiten, konservativ geprägten bürgerlichen Milieus auf sich.⁵¹

Die Revolution von 1918/19 war in den Jahrzehnten danach omnipräsent – und gleichzeitig ein Anathema. Die Jahre zwischen 1919 und 1933 wimmeln zwar nur so vor ‚zeithistorischen Äußerungen‘ zur Revolution. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen ging denen jedoch jegliche wissenschaftliche Qualität ab, selbst bei einer sehr weiten Auslegung der Klassifikation ‚wissenschaftlich‘. Die Revolution war nicht nur (so ein gängiger Euphemismus bis in die Gegenwart) ‚umstritten‘. Die Revolution selbst und der spätere Blick auf sie mobilisierten derart viele Ressentiments und Phobien, dass selbst Historiker und Soziologen, die das Prinzip der „Wertfreiheit“

⁵⁰ Einen sehr guten Überblick bietet Niess, *Die Revolution von 1918/19* (wie Anm. 2). Zu den „Deutungen“ der Revolution zwischen 1919 und 1933: S. 26–124, 419–461.

⁵¹ Vgl. Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung (wie Anm. 2), S. 69 ff.

offensiv predigten und für sich selbst in Anspruch nahmen, ihre eigenen politischen Emotionen nicht zurückhalten konnten. Max Weber etwa sprach von der Revolution als „blutigem Karneval“, von der „verrückten Liebknecht-Bande“ sowie den Protagonisten der USPD als „Schwätzern und Schreiern“⁵² und ließ sich überhaupt in „seiner leidenschaftlich nationalen Gesinnung“ zu vorurteilsgeladenen, „maßlos scharfen“ Stellungnahmen gegen die Revolution „fortreißen“.⁵³

Es war ein massiver nationalistischer Druck, der sich seit Januar 1919 entfaltete und bis weit in sozialdemokratische – und zeitweilig auch parteikommunistische – Kreise tiefe Spuren hinterließ. Zentrale ‚Narrative‘ des hegemonialen Diskurses waren „Dolchstoß“, „Versailler Schandvertrag“ und „Novemberverbrechen“.⁵⁴ Vor allem das Diktum vom „Dolchstoß“ – nachweislich das erste Mal am 2. November 1918 verwendet – entwickelte sich rasch zum „kleinsten gemeinsamen Nenner“ (Wolfgang Niess),⁵⁵ der die konservativen, völkischen und protofaschistischen Strömungen einte und deren Bild von Revolution und Weltkrieg in den zwanziger Jahren prägte. Zur raschen Verbreitung der anschaulichen und in breiten bürgerlichen und adligen Kreisen nicht hinterfragten Metapher „Dolchstoß“ trugen maßgeblich die ‚urdeutsche‘ Nibelungensage und ihre tiefe kulturelle Verankerung vor allem seit Wagners „Ring der Nibelungen“ bei, namentlich der ‚verräterische‘ Dolchstoß, den der tückische Hagen von Tronje dem ‚nordischen‘ Helden Siegfried von hinten verpasste. Es war der Welt-

⁵² Käthe Leichter, *Max Weber als Lehrer und Politiker* (1926), nach: René König / Johannes Winkelmann (Hg.), *Max Weber zum Gedächtnis. Materialien und Dokumente zur Bewertung von Werk und Persönlichkeit*, Köln / Opladen 2013, S. 125–142, hier S. 140 f. Weber blieb freilich auch in seiner politischen Emotionalität ein kritisch-unabhängiger Geist und sagte 1919 vor bayerischen Tribunalen gegen die Beteiligten an der Münchner Räterepublik zugunsten z. B. von Ernst Toller aus.

⁵³ So Wolfgang Mommsen, *Max Weber und die deutsche Politik*, nach: Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung (wie Anm. 2), S. 78 f. Vgl. auch Joachim Radkau, *Max Weber. Die Leidenschaft des Denkens*, Wien 2005, S. 769–781.

⁵⁴ Zur erstmaligen Verwendung des NS-Schlagwortes „Novemberverbrechen“ 1922/23 vgl. Cornelia Schmitz-Berning, *Vokabular des Nationalsozialismus*, Berlin / New York 1998, S. 431 f.; Ian Kershaw, *Hitler*, Bd. 1: 1889–1936, Stuttgart 1998, S. 244, 817 (Anm. 141).

⁵⁵ Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung (wie Anm. 2), S. 34.

kriegs-Heros und spätere Reichspräsident Paul von Hindenburg, der das Bild vom „hinterlistigen Speerwurf des grimmigen Hagen“ bereits 1920 prominent in seinen auflagenstarken Erinnerungen aufgriff.⁵⁶

Die Revolution selbst, also die linken Akteursgruppen, deren Emanzipationswille, der traditionelle Ordnungen und Hierarchien selbstbewusst beiseiteschob, sowie überhaupt die soziokulturellen und politischen Strukturen der Entwicklungen und Ereignisse zwischen November 1918 und April 1919 beziehungsweise Sommer 1920 wurden zu schlicht gestrickten negativen Projektionsflächen, denen alles aufgeladen wurde, was adlige Ressentiments, bürgerliche Aversion gegenüber den ‚Massen‘ und kleinbürgerliche Borniertheit während des wilhelminischen Kaiserreiches an Negativklischees und rassistischen – nicht zuletzt antisemitischen – Phobien ausgebrütet hatten. Ab 1919 schien ein Damm gebrochen, der bereits bis 1914/18 kräftige Risse hatte. Eine Revolutionsforschung im eigentlichen Sinne des Wortes, die sich beispielsweise dezidiert und differenziert der Rätebewegung, aber auch der Reorganisation des Spektrums an liberalen, konfessionellen und konservativen Vereinen und Parteien oder auch der vielschichtigen Agrarbewegungen angenommen hätte, konnte sich unter diesen Voraussetzungen nicht entfalten. ‚Revolution‘ im engeren wie weiteren Sinne verkam zur hochgradig pejorativen Floskel – sofern der Begriff selbst nicht ohnehin diskreditiert war und durch „Zusammenbruch“, „Katastrophe“ oder gleich „Dolchstoß“ ersetzt wurde.

Ein linker Diskurs blieb demgegenüber minoritär. Isoliert war – neben einer letztlich bedeutungslosen anarchistischen Bewegung sowie Linksintellektuellen etwa aus dem Umfeld der *Weltbühne* – vor allem die KPD. Sie war einer breiten Öffentlichkeit verhasst und wurde aufgrund ihrer zunehmenden Orientierung an der Sowjetunion wie keine andere Strömung zu einer Projektionsfläche für Russophobie⁵⁷ und ebenso Antisemitismus. Die KPD-offizielle, 1929 veröffent-

⁵⁶ Paul v. Hindenburg, *Aus meinem Leben*, Leipzig 1920, Zitat: S. 403.

⁵⁷ Dass das Bild, das breite bürgerliche und kleinbürgerliche Schichten vom Spartakusbund und der frühen KPD hatten, bereits 1918/19 von Russophobie geprägt war, ist auch der Darstellung von Mark Jones zu entnehmen. Vgl. Jones, *Anfang* (wie Anm. 1), z. B. S. 80 f.

lichte *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution* bot durchaus umfängliches empirisches Material, verfiel jedoch (wie namentlich die *Rote Fabne* schon in den Revolutionsmonaten) in einen Pathos, der die Anhänger über die eigene faktische Schwäche hinwegtäuschen sollte: „So schwer die Schläge der Konterrevolution auf den Nacken der Revolution niedersausten, das Proletariat wird sie verwinden.“ Die anhaltende „Gärung im Proletariat“, die den „Pulsschlag der Revolution mit neuen Energien erfüllt“, die „Ungeduld“, mit der „die Besten des Proletariats immer wieder an die Tore der Geschichte hämmern“, und die „unverwüstliche Widerstandskraft“ der KPD garantierten angeblich einen baldigen „Anbruch des Morgenrots der sozialistischen Gesellschaft“.⁵⁸

Eine tragische – mitunter auch tragikomische – Rolle übernahm die SPD, auch innerhalb des Weimarer Diskurses über die Revolution von 1918/19. Sie ließ sich aufgrund ihres Wunsches, endlich ‚staatspolitische Verantwortung‘ übernehmen zu dürfen, immer weiter in rechtsnationalistische Positionen treiben. Die Anpassung an den hegemonialen Diskurs – der im Diktum vom „Dolchstoß“ gipfelte, einem Diktum, dem Ebert selbst bereits im Dezember 1918 den Weg gebahnt hatte⁵⁹ – brachte die SPD politisch in eine defensive Position,⁶⁰ aus der sie bis 1933 nicht mehr herauskam. Zwei Schlaglichter illustrieren, wie sehr sich ihre führenden Protagonisten bemühten, dem hegemonialen Diskurs und seiner Revolutionsphobie zu entsprechen. Das erste Schlaglicht: 1924 verklagte Ebert, seit 1919 Reichspräsident, einen deutschvölkischen Journalisten aus der mitteldeut-

⁵⁸ *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution*, Berlin 1929 (Reprint o. D.), Zitate: S. 513 f. Vgl. auch Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung (wie Anm. 2), S. 94.

⁵⁹ „Kein Feind hat Euch überwunden“, so Ebert in einer Rede beim feierlichen Einzug von Fronttruppen am 10. Dezember 1918 durch das Brandenburger Tor.

⁶⁰ Dieser Aspekt, der übrigens auch die KPD und ihre kurzzeitig „nationalbolschewistische“ Phase einschließen muss, kann ebenfalls durchaus als Lehrstück für die Gegenwart, z. B. Anpassungen an den derzeitigen rechten „Heimat“-Diskurs (von der „Flüchtlingskrise“ ganz zu schweigen), genommen werden. Vgl. dazu: Ralf Hoffrogge, *Der Sommer des Nationalbolschewismus? Die Stellung der KPD-Linken zum Ruhrkampf und ihre Kritik am „Schlageter-Kurs“ von 1923*, in: *Sozial.Geschichte Online*, 20 (2017), S. 99–146.

schen Provinz wegen Rufmordes; dieser hatte ihn als Landesverräter bezeichnet, da Ebert führend in den Munitionsarbeiterstreik Ende Januar 1918 involviert gewesen sei, mithin dem deutschen Heer und Vaterland in den Rücken gefallen sei. Ebert war tief gekränkt. Philipp Scheidemann, der mit Ebert als (mehrheits-)sozialdemokratischer Delegierter in die Streikleitung eingetreten war, erklärte am 11. Dezember 1924 dem Gericht als Zeuge: „Der Streik brach aus, ohne dass wir etwas davon wussten, und man suchte uns durch Deputationen zu beteiligen. Wir lehnten das ab und schickten dann die Leute fort. Als dann unsere Leute selbst uns baten, traten wir in die Streikleitung ein mit der ausgesprochenen Absicht – ich verrate wohl kein Geheimnis – dem Streik durch Verhandlungen mit der Regierung baldmöglichst ein Ende zu machen. [...] Wären wir damals nicht in das Streikkomitee gegangen, würde das Gericht heute [1924] hier nicht sitzen, genau so, wie wir [im November] 1918 russische Verhältnisse verhindert haben.“ Schon Anfang 1918 „hätten sich leicht ‚Revolutionszustände‘ entwickeln können“. Man solle „uns eigentlich dankbar sein, daß wir die Stürme aufgefangen und das Schlimmste verhindert haben“. ⁶¹ Undank aber ist der Welt Lohn, nicht nur im Märchen: Ein Schöffengericht verurteilte den völkischen Journalisten zwar wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu einer geringfügigen Gefängnisstrafe, erklärte jedoch gleichzeitig, Ebert habe „subjektiv“ und „objektiv“ tatsächlich Landesverrat begangen. Der angeklagte Journalist könne also nur wegen Beleidigung, nicht dagegen wegen übler Nachrede (Rufmord) verurteilt werden. Ebert, dadurch „seelisch tief verletzt und schließlich auch körperlich zugrunde gerichtet“, verstarb wenige Wochen später. ⁶²

⁶¹ Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 41 (1924), Nr. 584 / Ausgabe B, Nr. 292 vom 11. Dezember (Abendausgabe) bzw. ebd., 41 (1924), Nr. 585 / Ausgabe A, Nr. 298 vom 12. Dezember (Morgenausgabe), nach [<http://fes.imageware.de/fes/web/>] bzw. [http://histmove.ouvaton.org/pag/chr/pag_009/de/chro_1914_07_1918_10.htm#TOC_1918].

⁶² Vgl. (inkl. Zitat) Heinrich August Winkler, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Bonn 1985, S. 229.

Zweites Schlaglicht: Es war bekanntlich derselbe Philipp Scheidemann, der – nach eigenen Angaben „zwischen Suppe und Nachspeise“ – am 9. November 1918 vom Reichstagsgebäude die Republik ausrief. Nach der stenographischen Mitschrift eines Zeitgenossen tat er dies mit folgenden Worten: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik!“⁶³ Das klang kämpferisch, fast umstürzlerisch – und schien Scheidemann deshalb zehn Jahre später nicht mehr opportun. Er dichtete die eigene geschichtsträchtige Ausrufung der Republik um, verdoppelte ihren Umfang und verpasste ihr 1928 einen ganz anderen Tonfall: „Furchtbar waren die vier Kriegsjahre. Grauenhaft waren die Opfer, die das Volk an Gut und Blut hat bringen müssen. Der unglückselige Krieg ist zu Ende [...]. Die Niederlage, die wir unter allen Umständen verhüten wollten, ist uns nicht erspart geblieben. Unsere Verständigungsvorschläge wurden sabotiert [...]. Prinz Max von Baden hat sein Reichskanzleramt dem Abgeordneten Ebert übergeben. [...] Die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden und der Sorge um Arbeit und Brot. [...] Alles für das Volk, alles durch das Volk!“⁶⁴ Sein Pech war, dass ein Journalist Scheidemanns Rede am 9. November 1918, wie bereits erwähnt, mitstenographiert hatte und auch die Presse vom folgenden Tage die Ausrufung der Republik überwiegend korrekt referierte, so dass dieser leicht der „selbstverfassten Fälschung seiner Rede“ zu überführen war.⁶⁵

⁶³ Stenographische Mitschrift des österreichischen Journalisten Ernst Friedegg, nach Manfred Jessen-Klingenberg, Die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 19 (1968), 11, S. 649–656, hier S. 653 f.

⁶⁴ Philipp Scheidemann, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. 2, Dresden 1928, S. 311 f., nach: Jessen-Klingenberg, *Ausrufung* (wie Anm. 63), S. 654 f. Scheidemann war schon vorher als fleißiger Memoirenschreiber – innerhalb des SPD-Milieus nicht erfolglos – bemüht, das Bild der Revolution von 1918/19 in seinem Sinne zu prägen. Vgl. vor allem Philipp Scheidemann, *Der Zusammenbruch*, Berlin 1921.

⁶⁵ Jessen-Klingenberg, *Ausrufung* (wie Anm. 63), S. 649.

Es ist symptomatisch, dass ausgerechnet Eduard Bernstein – bekanntgeworden durch das Diktum: „die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts“ und Hauptkontrahent der SPD-Linken vor 1914 – die SPD Mitte der zwanziger Jahre zu einem selbstbewussteren Auftreten gegenüber der „Schuldlügen-Kampagne der Rechtsparteien“ aufforderte.⁶⁶ Bernsteins Aufforderung war vergeblich; die immer weitergehende Anpassung seiner Partei hielt er nicht auf. Es war der Reichskanzler der Großen Koalition unter Führung der SPD, Hermann Müller, der gemeinsam mit Hindenburg den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler „Schandvertrages“ zum Nationaltrauertag ausrief, mit Halbmastbeflaggung und Kirchengeläut.

Für die Sozialdemokratie und die mit ihr verbündeten Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) hat sich die immer weitergehende Anpassung an die in der Weimarer Republik schließlich hegemoniale rechtsnationalistische Strömung bekanntlich nicht ausgezahlt. Sie gipfelte in einer geradezu frivol wirkenden Anbiederung an das „Kabinetts der nationalen Einheit“ unter dem Reichskanzler Adolf Hitler. Walther Pahl, der Leiter des Freiwilligen Arbeitsdienstes des ADGB, verstieg sich in der letzten Ausgabe der *Gewerkschafts-Zeitung*, dem Zentralorgan des ADGB, zu der Feststellung, „vom Nationalsozialismus“ unterscheide „uns“, also die freien Gewerkschaften, „keine andere Rangordnung der Werte Nation und Sozialismus“. Da die Hitler-Bewegung auf einem „breiten und festen Fundament den deutschen Sozialismus aufzubauen“ beabsichtige, dürften die Mitglieder des ADGB „den 1. Mai 1933 als einen Tag des Sieges empfinden“.⁶⁷ Was folgte, ist bekannt.

⁶⁶ In einem Brief an Kautsky vom 16. Juli 1924. Mitte 1919, als Bernstein vor dem Hintergrund der Dolchstoß-Anschuldigungen die Parteitagsdelegierten der SPD beschwor, sich nicht anzupassen und zu ducken, denn „nur die Wahrheit, die volle Wahrheit kann uns nutzen“, nannte ihn Ph. Scheidemann einen „Advokaten des Teufels“. Heinrich August Winkler, Eduard Bernstein und die Weimarer Republik, in: Eduard Bernstein, Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, hg. von Heinrich August Winkler, Bonn 1998, S. 7–24, Zitate: S. 20, 22. Vgl. auch Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung (wie Anm. 2), S. 50, 73 f. Zum Folgenden: ebd., S. 75 f.

Nicht nur die Handlungsräume der politischen Linken wurden, zu großen Teilen selbstverschuldet, immer kleiner. Für eine seriöse Geschichtsschreibung war unter Verhältnissen, in denen zunächst konservativ- und nationalliberal-antirepublikanische sowie ab 1930 schließlich rechtsextreme Strömungen den Ton vorgaben, gleichfalls kaum Raum. Auch liberal-konservative Historiker hatten es zwischen 1919 und 1933 schwer, wenn sie einem professionellen Ethos verpflichtet waren und einer faktenbezogenen Historiographie huldigen wollten. Hohe Hindernisse wurden ihnen selbst dann aufgetürmt, wenn sie sich auf Quellen-Editionen beschränkten. So wollte zum Beispiel das damals in Potsdam ansässige Reichsarchiv eine umfassende Dokumentation der politischen Ereignisse des Weltkrieges und seiner Vorgeschichte veröffentlichen, nicht germanozentriert, sondern unter Einbeziehung der erreichbaren Dokumente aller Großmächte. Den politisch Verantwortlichen schmeckte eine solche relativ unabhängige Dokumentation nicht. Der Reichsinnenminister entschied Anfang 1923, dass „die Erforschung der Kriegsursachen und die Aufklärung darüber [...] überwiegend Angelegenheit des Auswärtigen Amtes“ sei, also nicht in die Hand der eigentlich dafür qualifizierten – keineswegs ‚linken‘ – Experten gelegt werden solle. Letztere wurden für ihre Initiative vielmehr diszipliniert und die ‚Politische Abteilung‘ des Reichsarchivs durch einen Erlass Eberts in seiner Rolle als Reichspräsident umgehend aufgelöst.⁶⁸

Der weitgehende Verzicht auf unabhängige Forschung und Dokumentation ließ die Auseinandersetzung mit der Revolution zur politisch aufgeladenen Stimmungsmache verkommen, auch innerhalb der akademischen Geschichtswissenschaft. Als „Ochlokratie“ und „Pöbelherrschaft“ wurden Revolution und Weimarer Demokratie bis zur Installierung der Präsidialdiktatur von 1930 denunziert. Opinion-Lea-

⁶⁷ Walther Pahl, Der Feiertag der Arbeit und die sozialistische Arbeiterschaft, in: Gewerkschafts-Zeitung. Organ des ADGB, 43 (1933), Nr. 17 vom 29. April, S. 259–262. Zu Pahl vgl. Karsten Linne, „Weltkampf um Rohstoffe“. Walther Pahl – Eine Gewerkschafter-Karriere, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 5 (1990), 3, S. 39–55.

⁶⁸ Vgl. (inkl. Zitat) Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung (wie Anm. 2), S. 73.

der der deutschen Historikerzunft waren rechtskonservative und protofaschistische Protagonisten wie Johannes Haller, für den die Revolution eine „politische Gasvergiftung“ war, oder – besonders exponiert – Dietrich Schäfer. Letzterer bediente alle Klischees und Ressentiments in den sich ‚gehoben‘ dünkenden Schichten auf das Feinste. Schäfer glaubte im November 1918 „alle Höllengeister losgelassen. Roheste Beute- und Genußgier, brutale Missachtung jeder Art von Recht und Sitte wurden tägliche Übung. Raub und Plünderung, Erpressung und Diebstahl, Lug und Trug, Gewalttat und Arglist sind in deutschen Landen wohl niemals in dem Maße an der Tagesordnung gewesen wie in den Wochen und Monaten nach der [November-]Revolution.“⁶⁹

Schäfer verstarb 1929 – bevor er im Dritten Reich seine Karriere hätte fortsetzen können. Er und die meisten seiner Kollegen hatten jedoch den Weg gebahnt, den die ‚Zunft‘ nach 1933 weiter beschreiten konnte. Substanzielle Korrekturen waren nicht notwendig – weder für die an den Hochschulen etablierten Zeithistoriker noch unter den politisch-propagandistischen ‚Stimmungsmachern‘. Allerdings schoben sich der seit 1918/19 mit der Revolution verknüpfte virulente Antisemitismus und die seit 1917 hochschlagende Russophobie noch stärker in den Vordergrund, ebenso unmittelbar NS-geprägte Stigmata wie „Novemberverbrecher“.

IV.

Nur ganz wenige bis 1933/45 verfasste Untersuchungen zur Entstehungs- und Verlaufsgeschichte der Revolution von 1918/19, zu ihren Ergebnissen und Folgewirkungen verdienen überhaupt das Attribut ‚geschichtswissenschaftlich‘. Unter ihnen ragen die 1928 von Arthur Rosenberg verfasste *Entstehung der Weimarer Republik*⁷⁰ sowie die 1935

⁶⁹ Zit. nach ebd., S. 110.

⁷⁰ Mit 7.000 Exemplaren bis 1932 erreichte Rosenberg eine für historische Darstellungen relativ hohe Auflage. Auch ausgewiesene liberale Zeithistoriker fanden lobende Worte, etwa Wilhelm Mommsen. Vgl. Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung (wie Anm. 2),

in Karlsbad erschienene *Geschichte der Weimarer Republik*, ebenfalls von Rosenberg, ziemlich einsam heraus. Rosenberg, seit 1914 Privatdozent für Alte Geschichte an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin, war zwar politisch exponiert und saß von 1924 bis 1928 als Abgeordneter für die KPD, die er Anfang 1927 verließ, im Reichstag. Gerade seine Positionierung als unabhängiger Linkssozialist verweist jedoch auf seine intellektuelle Unabhängigkeit und die kritischen Potenzen seiner Darstellungen.

Viele seiner in sachlich-nüchternem Tonfall gehaltenen Feststellungen wurden in den sechziger und siebziger Jahren wieder aufgenommen und werden Ausgangsthesen auch für eine künftige Revolutionsforschung bleiben. Das beginnt mit der schlichten Feststellung, dass es keinen Dolchstoß gegeben habe: „Eine aktive Revolutionspropaganda hat bis zum Ende beim Westheer keine Rolle gespielt.“ Auch sei „die Ansicht ganz falsch, daß die Novemberrevolution nicht gekommen wäre, wenn Wilhelm II. rechtzeitig abgedankt hätte“. Die „selbstverständliche Leichtigkeit“, mit der die Fürsten im November 1918 verschwanden, zeige vor allem eines: „[D]ie erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes hatte sich infolge des Kriegserlebnisses von der Monarchie losgesagt, so daß der kleinste Anstoß genügte, um die deutschen Dynastien zu stürzen.“⁷¹ Die Revolten der Matrosen und einfachen Soldaten Anfang November 1918, die nichts anderes im Sinn gehabt hätten als „durch Ausschaltung der Offiziersgewalt den Frieden zu sichern“, brachten die SPD und Eberts Führung „in eine peinliche Lage. Die SPD machte in Wirklichkeit Revolution gegen sich selbst“,⁷² nachdem Ludendorff und Hindenburg im Oktober zurückgetreten und Max von Baden die Regierungsverantwortung zugeschoben hatten, der seinerseits die Mehrheitssozialdemokratie in sein Kabinett einband. Die wiederum bildete am 9. November 1918 zu-

S. 444. Zur Entstehungsgeschichte und Rezeption: Mario Keffler, Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889–1943), Köln / Weimar / Wien 2003, S. 142 ff., 149 ff.

⁷¹ Arthur Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1973, S. 206, 228 f.

⁷² Ebd., S. 238 f.

sammen mit Repräsentanten vom „rechten Flügel der USPD“ als Rat der Volksbeauftragten die nominelle Reichsspitze. Faktisch sei der Rat der Volksbeauftragten jedoch eine bürgerliche Regierung geblieben, da die einflussreichsten Minister und Staatssekretäre, die dessen Unterbau bildeten, (weiterhin) dem katholischen Zentrum und den Liberalen angehörten, nun als „Fachleute maskiert“.⁷³

Dieses Problem eines „doppelten Staatsapparates“ – einer Art Doppelherrschaft, die allerdings einen ganz anderen Charakter besaß als die in Russland 1917 – vertiefte Rosenberg in seiner *Geschichte der Demokratie* sieben Jahre später. Revolutionär oder wenigstens (sozial-)demokratisch seien der Rat der Volksbeauftragten und die Länderreregierungen bestenfalls nominell gewesen. „Denn die alten Behörden, der staatlichen wie der kommunalen Verwaltung, waren durch die Revolution nicht beseitigt worden. Die Landratsämter, die Regierungs- und Oberpräsidenten amtierten weiter.“ Der aus dem Wilhelminismus stammende, anti-republikanische „staatliche Beamtenapparat beherrschte das öffentliche Leben“.⁷⁴ Man anerkannte weiterhin das überkommene Beamtenrecht, das eine Entfernung von Beamten nur nach langwierigen Disziplinarverfahren zuließ, und „respektierte sogar die Unabsetzbarkeit der kaiserlichen Richter“. „Die Folge davon war, daß nach dem Verschwinden der Arbeiter- und Soldatenräte der kaiserliche Verwaltungs- und Justizapparat seine Auferstehung feierte.“ Es sei aber, so resümierte Rosenberg 1935, „unmöglich, einen revolutionären Staat mit dem Beamten- und Justizapparat des vergangenen Systems aufzubauen“.⁷⁵

Eigentlich habe die Revolution, und mit ihr der Rat der Volksbeauftragten, in den ersten Tagen der Novemberrevolution „eine ungeheu-

⁷³ Vgl. ebd., S. 241 f. bzw. ders., *Geschichte der Weimarer Republik* (wie Anm. 27), S. 5, 9. Ganz ähnlich konstatierte Hellmut v. Gerlach, ebenfalls im Exil: Nur die Spitzen seien neu besetzt worden, „die Pyramiden darunter waren die alten geblieben“, nicht nur unterhalb der Volksbeauftragten bzw. Reichsminister, sondern auch auf der regionalen und Kreisebene – und illustriert dies aus eigener Anschauung, u. a. am Beispiel der Besetzung der Landratsposten. Hellmut v. Gerlach, *Von Rechts nach Links*, hg. von Emil Ludwig, Zürich 1937, S. 246.

⁷⁴ Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik* (wie Anm. 27), S. 17.

⁷⁵ Ebd., S. 39.

er starke Position“ besessen, „nur eine verschwindend kleine Minderheit [sei] gegen die Revolution“ gewesen; selbst „die Bauernsoldaten hatten eifrig unter der roten Fahne die Umwälzung mitgemacht“. Die „Träger des alten preußischen Feudalsystems, die Offiziere, die Grundbesitzer und die hohen Beamten“, aber auch „die Großindustriellen“ seien „völlig machtlos“ gewesen. Die (Mehrheits-)Sozialdemokratie, eigentlich die „Herrin der Situation“, sei von der anstehenden Aufgabe eines „Neubaus der Republik“ jedoch völlig überrascht und überfordert gewesen.⁷⁶ Wirtschaftspolitische Kompetenz habe der Rat der Volksbeauftragten nicht besessen und sich deshalb auf die Unternehmer angewiesen geglaubt. Er selbst habe sich auf „väterliche Ermahnungen zum Fleiß und zum Gehorsam“ mit einer gleichzeitigen „düsteren Schwarzmalerei“ beschränkt. Das habe „auf die deutsche Arbeiterschaft den denkbar schlechtesten Eindruck“ gemacht, da diese nach der siegreichen Revolution vom November 1918 „neue Wege [habe] sehen [und] aktiv an der Neugestaltung der Wirtschaft [habe] mitwirken“ wollen.⁷⁷ Bereits für den Dezember 1918 konstatiert Rosenberg eine „tiefe Entfremdung“ zwischen MSPD und oppositioneller linkssozialistischer Arbeiterschaft.⁷⁸

Gleichzeitig trat Rosenberg in seinem Buch von 1935 dem Popanz einer 1918/19 drohenden bolschewistischen Diktatur, die nur durch das entschiedene Handeln der MSPD-Führung unter Ebert, Scheidemann und Noske verhindert worden sei, energisch entgegen. Die neu gegründete KPD und zuvor der Spartakusbund seien dafür nicht nur viel zu klein gewesen; auch „seine theoretischen Führer, vor allem Rosa Luxemburg, [hätten] derartige Experimente einer Parteidiktatur über das Proletariat selbst auf das schärfste zurückgewiesen“.⁷⁹ Die von bürgerlichen Kreisen und der rechten Mehrheitssozialdemokratie kolportierten verschrobenen Vorstellungen von Sinn und Funktion der Räte korrigierte Rosenberg ebenfalls unmissverständlich: „Rä-

⁷⁶ Ebd., S. 6 ff., 11.

⁷⁷ Ebd., S. 32 f.

⁷⁸ Vgl. ebd., S. 41.

⁷⁹ Ebd., S. 17. Vgl. auch ebd., S. 62.

teregierung bedeutet an sich weder irgendeinen Terror noch eine Gewaltherrschaft einer Minderheit, noch irgendwelche phantastischen Experimente auf dem Gebiete der Wirtschaft.“ Er hielt es zudem durchaus für möglich, „die Räte irgendwie mit dem parlamentarischen System zu kombinieren“ – und nahm damit Positionen von Reinhard Rürup und anderen vorweg, für die Rätedemokratie und parlamentarisches System ebenfalls kein Gegensatz sein mussten.⁸⁰ Konstruiert worden sei ein Antagonismus zwischen beiden demokratischen Strukturformen 1918/19, so Rosenberg, nicht zuletzt deshalb, weil „sich die mehrheitssozialistischen Gewerkschaftler durch die Tätigkeit der Räte in den Betrieben gestört und verletzt“ gefühlt hätten.⁸¹

Zwar thematisiert Rosenberg bereits auf den letzten Seiten seiner zu Zeiten der Goldenen Zwanziger Jahre verfassten *Entstehung der Weimarer Republik* die verpassten Chancen der Revolution. Der Tenor seiner Darstellung bleibt jedoch gedämpft optimistisch. Das änderte sich in der von Rosenberg unter dem Eindruck der „Machtergreifung“ der NS-Bewegung niedergeschriebenen *Geschichte der Weimarer Republik*. Deren Untergang – den er mit guten Gründen bereits auf den 18. Oktober 1930 (die Ernennung Brünnings durch Hindenburg) datiert⁸² – führt ihn zu der Erkenntnis, dass die Demokratie seit 1918/19 zu oberflächlich blieb, als dass sie von längerer Dauer hätte sein können: „Die wirkliche Demokratie besteht aber nicht in der Abgabe irgendwelcher Stimmzettel, sondern in der aktiven Selbstregierung der Massen. So war die Frage nach der Überwindung des [wilhelminischen, weiterhin autoritären Staatsvorstellungen verpflichteten] bürokratischen Apparats zugleich die Frage nach Leben oder Tod der deutschen Demokratie.“⁸³

⁸⁰ Vgl. vor allem Reinhard Rürup, Demokratische Revolution und „dritter Weg“. Die deutsche Revolution von 1918/19 in der neueren wissenschaftlichen Diskussion, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 9 (1983), 2, S. 278–301.

⁸¹ Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik* (wie Anm. 27), S. 20.

⁸² Vgl. ebd., S. 211.

⁸³ Ebd., S. 18.

Bereits den Berliner Januaraufstand bezeichnet Rosenberg als „Marneschlacht der deutschen Revolution“, die „die Offensivkraft der deutschen Arbeiterschaft gebrochen“ habe.⁸⁴ Vorher und ebenso später hätten die SPD-geführten Regierungen alle Gelegenheiten versäumt, die Demokratie fest in der deutschen Gesellschaft zu verankern. „Durch das zaghafte Verhalten der republikanischen Führer entfremdete man sich [auch] die Mittelschichten.“ Weil „offenbar alles beim alten bleiben sollte, schwand die Begeisterung für die Revolution, und man schob der Republik und Demokratie die Schuld an allen Übelständen des Alltags zu“.⁸⁵

V.

Die Übergabe der politischen Macht an die NS-Bewegung und die Deutschnationale Volkspartei, die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und die anschließende rasche Stabilisierung des NS-Regimes schärfte die Sinne für das Versagen der organisierten Arbeiterbewegung. Rosenberg kritisierte nicht nur die SPD schonungslos, sondern ebenso die KPD, ihre scheinradikalen Parolen, ihren hohlen revolutionären Romantizismus und ihre Abhängigkeit von Moskau. Andere betonten, dass das Scheitern der Revolution und die Spaltung der Arbeiterbewegung die innere Bürokratisierung und eine Art Militarisierung der Umgangsformen begünstigten. Eine ausgeprägte autoritäre Zurichtung der Mitglieder auf die Führungen habe beide Flügel der linken Arbeiterbewegung der Weimarer Republik charakterisiert. Die deutsche Arbeiterbewegung – so resümierte beispielsweise Joachim Schumacher, ein unorthodoxer Sozialist, der bereits 1932 emigrierte, 1936 im französischen Exil – habe „sich zwar gegen die deutsche Kaserne organisiert, aber ihre eigene Organisation war nicht frei vom Geist der Kaserne“. Von der gemäßigten Sozialdemokratie bis hin zur „erzradikalen Linken“ seien „der elende Unteroffiziersjargon, die

⁸⁴ Ebd., S. 60.

⁸⁵ Ebd., S. 91.

schlappe Lust am Kommandieren“ und „Bürolöwen-Manieren“ weit verbreitet gewesen.⁸⁶ Man kann das weiter zuspitzen und konstatieren, dass der wesentlich militärisch bedingten Niederlage der revolutionären Arbeiterbewegung eine innere Militarisierung vor allem der KPD korrespondierte – die getragen war von der vergeblichen Hoffnung, die Rechte mit (letztlich) ihren eigenen Mitteln schlagen zu können. Die verheerenden Niederlagen der Linken bis 1923 (die sie sich teilweise selbst beigebracht hat) hatten fatale Konsequenzen, wie Axel Weipert unlängst lakonisch festgestellt hat: „Die Stalinisierung der KPD kann also auch als eine Folge des Scheiterns der basisdemokratischen Rätebewegung verstanden werden.“⁸⁷

Den hierarchisch-autoritären Strukturen der großen Organisationen auf Seiten der Linken – Parteien und Gewerkschaften – entsprachen autoritäre Persönlichkeitsstrukturen der Masse der Mitglieder und Sympathisanten, wie namentlich Erich Fromm in seiner bekannten empirischen Untersuchung über *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches* 1931/32 herausarbeitete. Als mit Abstand wichtigstes Ergebnis seiner Untersuchung markierte Fromm den „geringen Prozentsatz von Linken“; nicht einmal jeder sechste der von ihm befragten Arbeitnehmer würde „mit der sozialistischen Linie sowohl im Denken als auch im Fühlen übereinstimmen“. Für die Linke war dies fatal: „Nur von dieser mit insgesamt 15 % recht kleinen Gruppe konnte in kritischen Zeiten erwartet werden, dass sie den Mut, die Opferbereitschaft und die Spontaneität aufbringen würde“, die für eine dauerhafte Resistenz und einen aktiven Widerstand gegen die Nationalsozialisten notwendig gewesen wären.⁸⁸

Schumacher und Fromm gehen in ihren Analysen und Überlegungen nicht oder kaum auf die Revolution von 1918/19 und die Enttäu-

⁸⁶ Joachim Schumacher, *Die Angst vor dem Chaos. Über die falsche Apokalypse des Bürgertums*, Frankfurt a. M. 1978 (zuerst 1936), S. 192. Der Linkssozialist und Bloch-Schüler Schumacher (1904–1984) ging später in die USA.

⁸⁷ Weipert, *Zweite Revolution* (wie Anm. 36), S. 442.

⁸⁸ Vgl. Erich Fromm, *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine soziopsychologische Untersuchung*, München 1983, S. 250.

schung über deren Scheitern als wesentliche Ursache für die Ausbildung beziehungsweise Vertiefung der von ihnen angesprochenen Verhaltensmuster und Mentalitäten ein. Auch Ernst Fraenkel und Franz Leopold Neumann, von denen die (bis heute) wichtigsten konzeptionellen Überlegungen zur Struktur des NS-Herrschaftssystems wie der Gesellschaft des Dritten Reiches stammen, thematisieren zwar die historischen Wurzeln des NS-Regimes ausführlicher, sprechen dabei jedoch die Revolution von 1918/19 nur ganz am Rande an.⁸⁹ In einem 1943 in den USA publizierten Zeitungsartikel zum 25. Jahrestag der Revolution glaubte Fraenkel zwar, dass sich 1918/19 „unter den besonderen Verhältnissen des Krieges damals nichts anderes“ habe durchsetzen lassen als das, was der Rat der Volksbeauftragten erreicht habe. Zugleich jedoch fügte er sarkastisch an: „Weil der Neunte November [...] eine halbe Revolution war [...] ist uns später eine ganze Niederlage bereitet worden.“⁹⁰ Fraenkel wie Neumann kannten die – ins Englische übersetzten – Bücher Rosenbergs zur Weimarer Republik; Mario Keßler verweist in seiner Rosenberg-Biographie ausdrücklich auf die intellektuelle Nähe namentlich von Neumann und Rosenberg.⁹¹

Anders als Fraenkel und Neumann rückte Julius Leber in seinen „Gedanken zum Verbot der deutschen Sozialdemokratie“, die er unter dem unmittelbaren Eindruck der Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung um Juni 1933 im Gefängnis zu Papier brachte,⁹² die Revolution von 1918/19 als Ausgangspunkt der katastrophalen Niederlage von 1933 ins Zentrum seiner Betrachtungen. Dabei ging

⁸⁹ Vgl. Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat* (1938), Frankfurt a. M. 1974, S. 200 ff.; Franz Leopold Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944* (1942/44), Frankfurt a. M. 1977, S. 31 f.

⁹⁰ Nach: Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung (wie Anm. 2), S. 156.

⁹¹ Keßler, Arthur Rosenberg (wie Anm. 70), S. 208. Rosenberg und Neumann verfassten anscheinend 1934 sogar eine gemeinsame Broschüre („Nazis, Nazism, Nazidom“). Vgl. ebd., S. 201, ferner S. 231 f., 238 f.

⁹² Julius Leber, *Gedanken zum Verbot der deutschen Sozialdemokratie*, in: *Ein Mann geht seinen Weg. Reden, Schriften und Briefe von Julius Leber*, hg. von seinen Freunden, Berlin / Frankfurt a. M. 1952, S. 187–247. Ausführlich gewürdigt wird diese Schrift von Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung (wie Anm. 2), S. 151–154.

er auch mit der eigenen Partei schonungslos ins Gericht. Seine kritischen Bemerkungen in der sechzigseitigen Schrift sind umso bemerkenswerter, als Leber, der schon als Schüler der SPD beitrug, die Bewilligung der Kriegskredite unterstützte,⁹³ 1914 als Freiwilliger in den Ersten Weltkrieg zog und wenige Tage nach der Novemberrevolution 27 Jahre alt wurde, 1918/19 und ebenso in der Folgezeit stets loyal gegenüber der (M)SPD blieb.⁹⁴ Leber war und blieb Lassalleaner,⁹⁵ der sich noch 1933 zudem scharf gegen die SPD-Linke wandte.⁹⁶ Am 23. März 1933 wurde er bekanntlich verhaftet, war bis Anfang Mai 1937 in verschiedenen Haftanstalten und Konzentrationslagern und engagierte sich in der Folgezeit für einen breiten Widerstand gegen die NS-Diktatur. Am 5. Juli 1944 wurde er wieder verhaftet, am 20. Oktober 1944 zum Tode verurteilt und am 5. Januar 1945 hingerichtet.

Sein Urteil über den Rat der Volksbeauftragten konnte kaum schärfer sein: „Die Gesamthaltung der revolutionären Zwischenregierung erscheint im unbarmherzigen Urteil der Geschichte als ein bewußter oder unbewußter Verzicht auf die Revolution, auf die geistige und wirtschaftliche Umformung der deutschen Gesellschaft und des deutschen Menschen. Die Revolution degradierte und entwertete sich dadurch selbst, sie charakterisierte sich als ideenloser Zusammenbruch.“ Die Folge: Die Weimarer Republik „war schon tot, als sie zaghaft [...] ihre endgültige Geburt anzeigte.“⁹⁷ Wirken diese Sätze

⁹³ Die Position, dass die Bewilligung der Kriegskredite richtig gewesen sei, vertrat er auch 1933 noch. Vgl. Leber, Gedanken (wie Anm. 92), S. 197 f. Das Diktum einer „russischen Propaganda“ der „Spartakisten“ 1918/19 (S. 200) verweist gleichfalls darauf, dass Leber wesentliche Elemente einer (mehrheits-)sozialdemokratischen Position zur Revolution beibehielt.

⁹⁴ Aufschlussreich ist hier z. B. die politische Charakterisierung in der Kurzbiographie von Kurt Pätzold, in: ders. u. a. (Hg.), Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Berlin 1991, S. 304 f. Leber sei „voller bürgerlich-parlamentarischer Illusionen über den Weimarer Staat“ gewesen; den „verhängnisvollen Kurs des Kampfes ‚gegen rechts und links‘“ habe er mit angeführt; außerdem habe er z. B. den SPD-Reichskanzler Hermann Müller 1928 „bei der Durchsetzung des Panzerkreuzerbaus gegen die Parteimehrheit“ unterstützt.

⁹⁵ Aufschlussreich sind diesbezüglich seine Bemerkungen zu Marx, Lassalle und zum „Marxismus“ (den er als dogmatisch verengte Ideologie begriff) sowie zum „modernen Staat“. Vgl. Leber, Gedanken (wie Anm. 92), S. 210–217, 244 ff.

⁹⁶ Vgl. ebd., S. 219 f.

⁹⁷ Ebd., S. 187, 203 f.

eigentümlich subjektlos, geht Leber in anderen Passagen mit der Führung seiner Partei scharf ins Gericht: „Die Sozialdemokratische Partei war zur Zeit der Übernahme der Staatsmacht im Jahre 1918 innerlich schon alt.“ Deren Führung sei geprägt gewesen durch „die Überheblichkeit des Alters, die nichts mehr will und nichts mehr träumt“ und habe allein deshalb „der wirklichen Problematik der gewaltig sich ankündigenden Entwicklung fern“ gestanden.⁹⁸ Der Masse der Funktionäre attestierte Leber, ähnlich wie der oben zitierte Joachim Schumacher, „geistige Mittelmäßigkeit und einexerzierte Routine“. Dahinter verbarg sich eine Kritik der „Parteimaschine mit all ihren Teilen“, die Leber aus eigener Erfahrung gut kannte: „Nur wer Gewähr bot, daß er treu und brav Disziplin hielt, wer weder nach oben noch nach unten anstieß, der wurde hereingelassen.“ Wie eine zeitlose Warnung wirkt schließlich der folgende Satz Lebers: „Große Führer kommen fast immer aus dem Chaos, aus der richtigen Ordnung kommen sie selten, aus der Ochsentour nie.“⁹⁹

In Lebers auch heute noch lesenswerten Äußerungen zum Versagen der Sozialdemokratie 1918/19 ist die große Verbitterung über den „bewußten oder unbewußten Verzicht auf die Revolution“ zu spüren; „Wissen“ oder mindestens eine Ahnung „von der zu errichtenden neuen deutschen Gemeinschaft“ vermisste er bei der MSPD wie der USPD schmerzlich.¹⁰⁰ Allerdings versperrten gerade die von selbstkritischer Enttäuschung geprägten „Leidenschaften“ Leber den Weg zu einer differenzierten, vergleichsweise nüchternen Analyse der komplexen Konstellationen, wie sie Rosenberg vornahm; sie ließen ihn das Scheitern der Revolution in erster Linie auf das Versagen der „Führer“ zurück-

⁹⁸ Ebd., S. 18 f. Zu ähnlichen Positionen des – wesentlich von Rudolf Hilferding verfassten – „Prager Manifests“ des Exil-Vorstandes der SPD vgl. Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung (wie Anm. 2), S. 154 f.

⁹⁹ Leber, Gedanken (wie Anm. 92), S. 191 f., 195. Leber verband dies mit einer Kritik der Etablierung der Parteisekretäre seit 1907, die er als entscheidenden Faktor für die Bürokratisierung und innere Lähmung der SPD ausmachte. „Ihr Einfluß war grenzenlos, ihre Verantwortung dagegen nur klein [...]. Keiner kam nach oben, der nicht aus ihren Reihen kam.“

¹⁰⁰ Vgl. ebd., S. 203.

führen.¹⁰¹ Eine politisch leicht nachvollziehbare Bitternis führte nach 1933 auch Linksliberalen die Feder, die 1918/19 noch deutliche Sympathie für Ebert und die Mehrheitssozialdemokratie artikuliert hatten und sich vehement von linkssozialistischen Strömungen distanziert hatten. Auch Theodor Wolff beispielsweise sprach von der MSPD- wie USPD-Führung als „Revolutionsführern wider Willen“, denen vom „ersten Augenblick an das heilige Feuer fehlte“; sie hätten die eigentlich anstehenden Aufgaben einer fundamentalen Neuordnung von Gesellschaft und Staat „als eine peinliche Last“ empfunden.¹⁰² Wolff, der 1933 zunächst in die Schweiz, später nach Südfrankreich emigrierte, 1943 verhaftet und ins KZ Sachsenhausen deportiert wurde und im Frühherbst desselben Jahres verstarb, hatte 1918/19 den Spartakisten „Terrorismus“ vorgeworfen und abfällig von der „roten Rosa“ gesprochen.¹⁰³ Seine Sympathien hatten während der Revolutionszeit der Mehrheitssozialdemokratie gegolten. Er veränderte seinen Standpunkt unter dem Eindruck der NS-Machtübernahme noch radikaler als Julius Leber. In seinen 1936 im Exil verfassten und in Amsterdam veröffentlichten Betrachtungen der vorausgegangenen Jahrzehnte konstatierte er mit Blick auf 1918/19 ironisch, Ebert und die SPD-Führung „hätten für ihre Leistung ganz besonders den Dank der bürgerlichen und adligen Kreise verdient“. „Die sozialdemokratischen Führer waren ein [!] Mime, der immer fleißig und anständig die Rolle des alten Vater Miller in ‚Kabale und Liebe‘ gespielt hat und plötzlich den jungen feurigen Ferdinand darstellen soll“, dazu jedoch nicht einmal ansatzweise in der Lage ist, auch aus politisch-strukturellen Gründen: „Die Sozialdemokratie musste [...] um so mehr ihren Elan einbüßen, je mehr sie auf dem parlamentarischen Terrain gedieh. Überall erschlafften in der Gewohnheit und Bequemlichkeit des parlamentarischen Tagesgeschäftes die revolutionären Energien.“¹⁰⁴

¹⁰¹ Hintergrund des Führer-Fokus von Leber war eine Art ‚aristokratisches Demokratie-Verständnis‘. Vgl. ebd., S. 220 f.

¹⁰² Wolff, Marsch durch zwei Jahrzehnte (wie Anm. 15), S. 183.

¹⁰³ Vgl. Jones, Anfang (wie Anm. 1), S. 103, 146.

¹⁰⁴ Wolff, Marsch durch zwei Jahrzehnte (wie Anm. 15), S. 183 f.

„Leidenschaftlich revolutionäre Herzen“ seien selten gewesen, auch und gerade unter den führenden Persönlichkeiten. Vor allem die Männer an der Spitze der MSPD hätten sich überrascht „beim Erwachen als Oberbefehlshaber der Revolution wieder[gefunden], nachdem man eben gut bürgerlich schlafen gegangen war“. Den Betroffenen sei das höchst unangenehm gewesen, „besonders wenn man überzeugt war, es sei etwas ungemein Dummes geschehen“. Unter den Spitzenpolitikern sei kaum jemand gewesen, der berufen gewesen sei, die auf politische und soziale Emanzipation drängenden Massen zu führen. „Es gab, nimmt man die eine Rosa Luxemburg aus, keine starke revolutionäre Figur.“¹⁰⁵

In den Kontext der Exil-Perspektiven auf die Revolution von 1918/19 kann man schließlich, als letztes Beispiel, ein Zitat von Alfred Döblin setzen: „Die Engländer änderten ihren Nationalcharakter in Revolutionen, die Franzosen ebenso, die Deutschen sind dazu nicht in der Lage.“¹⁰⁶ Dieses Bonmot formulierte Döblin zwar im Sommer 1951. Es fasst dennoch in spezifischer Akzentsetzung zusammen, was viele vor der NS-Diktatur Geflohene bewegt und Döblin zu seinem großartigen Roman *November 1918* (1949/50), einer Tetralogie über die Revolution, getrieben hat.

VI.

Nach 1945 wandelten sich die Perspektiven auf die Revolution von 1918/19 erneut. Sie wurden nun zunächst durch den Kalten Krieg geprägt – im Osten wie im Westen. Die DDR-Historiographie huldigte lange Zeit einem Bild vom 1918/19, das dem der bürgerlich-konservativen Historiographie vor allem in einer Hinsicht verblüffend ähnelte: Auch für die – zunächst relativ zahlreichen – Historiker des ostdeutschen Staates blieb die (Pseudo-)Alternative „bürgerliche Revolution“ versus „bolschewistische Revolution“ das grundsätzliche

¹⁰⁵ Ebd., S. 182.

¹⁰⁶ Alfred Döblin in einem Brief an Elvira und Arthur Rosin vom 20. August 1951, in: Die ZEIT, Nr. 40 vom 28. September 1990.

Leitbild, vorgegeben durch die Mitte der zwanziger Jahre erschienene *Illustrierte Geschichte der Revolution* der KPD. In den ersten Jahren der DDR wurde das Thema „Novemberrevolution“ allerdings durchaus kontrovers diskutiert, und es blieb auch Raum für Zwischentöne. Das endete 1958, als das ZK der SED unter Federführung Ulbrichts festlegte, dass die Revolution von 1918/19 als bürgerliche Revolution zu gelten habe, „in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt“. Hauptmanko war aus der Sicht der SED-Spitze das Fehlen einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei. Erst in den letzten Jahren der DDR entstand für unterschiedliche Interpretationen der Revolution von 1918/19 wieder größerer Raum.

Im Westen endete die Hegemonie einer dem Diktum der drohenden „bolschewistischen Gefahr“ verpflichteten nationalkonservativen Revolutionsinterpretation Ende der fünfziger Jahre, sofern die Historiographie den Jahren 1918/19 überhaupt größere Aufmerksamkeit gewidmet hatte. In den sechziger Jahren wurden Arthur Rosenberg und seine auch heute noch höchst lesenswerten Darstellungen des Zeitraums zwischen 1900 und 1930 im deutschen Raum ‚wiederentdeckt‘ – einige Jahre vor „1968“, das freilich ohnehin nur eine Chiffre für einen Aufbruch ist, der deutlich früher einsetzte – für das Abstreifen der Fesseln, die der Kalte Krieg der politischen wie wissenschaftlichen Kultur angelegt hatte und die nationalkonservative Historiker an den Hochschulen zunächst noch fester gezurrt hatten.

Es waren zunächst jüngere SPD-nahe Historiker, die das Thema Revolution von 1918/19 für sich entdeckten. Für sie wurde die „Novemberrevolution“, wie es oft verkürzend hieß, zu einem Kernthema, weil die (Mehrheits-)SPD einer der zentralen Akteure der Revolution war und deren Rolle gerade auf dem linken Flügel der SPD der sechziger und siebziger Jahre zunehmend kritisch reflektiert wurde. Zum anderen wurde Ende 1959 das Godesberger Programm verabschiedet, das einen de facto schon vorher eingeleiteten politischen Paradigmenwechsel markierte und den ‚Abschied vom Sozialismus‘ auch programmatisch festschrieb, für Sozialdemokraten jedoch unter ande-

rem zum Anlass wurde, nach den historischen Wurzeln der damit verbundenen Anpassungsbereitschaft zu fragen. Die innovativen Arbeiten von Eberhard Kolb,¹⁰⁷ Ulrich Kluge,¹⁰⁸ Reinhard Rürup,¹⁰⁹ Peter von Oertzen,¹¹⁰ Peter Lösche¹¹¹ und vielen anderen¹¹² wären ohne diesen Hintergrund kaum entstanden. Hinzu traten unkonventionelle Studien oder auch umfängliche Untersuchungen von Historikern, die im politischen Spektrum damals deutlich links von der SPD zu verorten waren, wie zum Beispiel Erhard Lucas¹¹³ oder auch Klaus Theweleit.¹¹⁴ Eine fulminante Darstellung der „von hinten erdolchten Revolution“, die hohe Auflagen erreichte, bot Sebastian Haffner.¹¹⁵ Ebenso wenig zufällig lief der Aufschwung einer kritischen Forschung zur Revolution von 1918/19 zeitlich dem heftig geführten Streit um die deutsche Verantwortung für den Beginn des Ersten Weltkrieges, der Fritz-Fischer-Kontroverse, parallel. Tatsächlich lassen sich Struktur und Verlauf der Revolution ohne die ‚Vorgeschichte‘ 1914 bis 1918 kaum verstehen.

¹⁰⁷ Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919*, Düsseldorf 1962. Einen guten Überblick über wichtige Ergebnisse und Thesen der im Folgenden genannten Arbeiten bietet Niess, 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung (wie Anm. 2), S. 466–528.

¹⁰⁸ Ulrich Kluge, *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19*, Göttingen 1975. Schwächer als diese innovative Studie war der Überblick: ders., *Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch*, Frankfurt a. M. 1985.

¹⁰⁹ Vor allem: Reinhard Rürup, *Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19*, Wiesbaden 1968.

¹¹⁰ Peter v. Oertzen, *Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19*, Düsseldorf 1963.

¹¹¹ Peter Lösche, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920*, Berlin 1967.

¹¹² Hans-Joachim Bieber, *Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920*, Hamburg 1981; ders., *Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks 1918–1920*, Hamburg 1992. Zur USPD: Hartfried Krause, *USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Frankfurt a. M. 1975; Robert F. Wheeler, *USPD und Internationale. Solidarischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*, Frankfurt a. M. / Berlin / Wien 1975.

¹¹³ Vor allem: Erhard Lucas, *Märzrevolution 1920*, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1970, 1973, 1976.

¹¹⁴ Klaus Theweleit, *Männerphantasien*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1977.

¹¹⁵ Sebastian Haffner, *Die verratene Revolution*, München 1969, Zitat: S. 217.

Woher kam das große Interesse der 68er-Bewegung in ihrer ganzen Breite an der Revolution? Die Antwort ist vergleichsweise simpel. Sie verweist auf einen Aspekt, der sowohl bürgerlich-konservativen als auch stalinistisch geprägten DDR-Historikern fremd gewesen war: Die so breite wie heterogene Bewegung der 68er „teilte die grundlegende antiautoritäre Stoßrichtung mit der Rätebewegung“ (Axel Weipert),¹¹⁶ jedenfalls anfangs. Dieser politische Antrieb, der sich für die Revolutionsforschung gerade auch im Rückblick als enorm fruchtbar erwiesen hat, verpuffte in dem Maße, in dem einerseits die 68er-Bewegung zerfiel und maoistische Sekten wie DKP-nahe Strömungen die Perspektiven der stalinistischen KPD ab Ende der zwanziger Jahre auf die Revolution von 1918/19 übernahmen, aber andererseits auch der sozialdemokratische Aufbruch des „Mehr Demokratie wagen“ einer ‚Staatskunst‘ klassischer Couleur wich. Die Revolutionsforschung verebbte. Mit der Ära Schmidt und vor allem der Ära Kohl schoben sich staatstragende, konservative Sichtweisen auf 1918/19 sukzessive in den Vordergrund.

VII.

Mit dem Zusammenbruch der DDR und der „Wende“, denen bekanntlich ein machtpolitisch motivierter Austausch der geisteswissenschaftlichen Eliten in Ostdeutschland folgte, wurden auch die Paradigmen der DDR-Historiographie delegitimiert, fand auch die neue (relative) Offenheit der ostdeutschen Revolutionshistoriographie ein Ende, von

¹¹⁶ Weipert, *Zweite Revolution* (wie Anm. 36), S. 447; auch: Hans Manfred Bock, *Geschichte des ‚linken Radikalismus‘ in Deutschland. Ein Versuch*, Frankfurt a. M. 1976, S. 238 ff. sowie Björn Almqvist, *„Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten“*. Die Rätebewegung – historische Inspiration und theoretische Bürde der 68er-Bewegung, Marburg 2009. Ein mitunter geradezu ostentativer Antiautoritarismus 1918/19 fiel bereits Zeitgenossen auf, z. B. Theodor Wolff. Er beobachtete, dass viele Soldaten ihre Uniformjacken „lose, wie Pelerinen auf dem Rücken“ getragen hätten, „die Ärmel umgekrepelt, die nun, mit der ans Licht gebrachten Futterseite, wie leere Würsthäute schlotterig herunterhängen“ – eine „pittoreske Liederlichkeit, daß es nun aufgehört hat mit Krieg und Kriegsdisziplin“. Wolff, *Marsch durch zwei Jahrzehnte* (wie Anm. 15), S. 197.

wenigen Ausnahmen abgesehen.¹¹⁷ Dem lief ein zunehmenden Desinteresse an differenzierteren Untersuchungen der Revolution von 1918/19 parallel.¹¹⁸ Wie Ereignisse und Entwicklungen zu sehen seien, wurde zunehmend kanonisiert und zugleich auf die Perspektiven eines unaufhaltsamen „Wegs nach Westen“ verengt. Bereits 1984 galten einem einflussreichen, handbuchartigen „Grundriß“ der Geschichte der Weimarer Republik, die „Formeln“, wie sie vor allem Heinrich August Winkler formulierte, als in besonderem Maße „konsensfähig“.¹¹⁹

Winklers Kompetenz als ausgewiesener Fachhistoriker (auch) für die Revolutionszeit ist unbestritten.¹²⁰ Das Problem sind die normativen Vorentscheidungen und die – zudem eindimensional verengte – Teleologie, die er seinen Überblicksdarstellungen zugrunde gelegt hat, mit der er schließlich auch die NATO weit über ein vom Kalten Krieg geprägtes Bündnis hinaus zur westlichen „Wertegemeinschaft“ ideologisiert.¹²¹ Hinzu tritt inzwischen ein staatstragender, konservativ-sozialdemokratischer Duktus, der die aktuellen gesellschaftlichen Konstellationen der Bundesrepublik und des „Westens“ zur besten aller möglichen Welten stilisiert. Immerhin konzedierte Winkler durchaus, dass die Zusammenarbeit Eberts und der MSPD-Führung mit den

¹¹⁷ Vgl. insbesondere das „Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, das 1989/90 aus den „Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ hervorging, und seit 2016 zu „Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien“ wurde.

¹¹⁸ Eines von vielen Indizien für dieses Desinteresse ist die Einstellung der unter dem Dach des Fritz-Suhr-Instituts der FU Berlin erschienenen Zeitschrift „Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (IWK) im Jahr 2008 (mit dem Heft 4 im 42. Jg. 2006), in der wichtige Aufsätze zu 1918/19 veröffentlicht wurden.

¹¹⁹ Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik (= Oldenbourg-Grundriß der Geschichte; Bd. 16)*, München 1984, S. 161. Kolb bezieht sich dabei auf Bemerkungen von Heinrich August Winkler, *Die Arbeiterbewegung im gesellschaftlichen System der Weimarer Republik*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 8 (1982), 1, S. 5–8, bes. S. 5. Gleichwohl bietet der von Kolb (später gemeinsam mit Dirk Schumann) verfasste *Oldenbourg-Grundriß* – auch in seinen späteren Auflagen – einen guten Überblick zum damaligen Forschungsstand.

¹²⁰ Vgl. vor allem (handbuchähnlich) Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin / Bonn 1985, außerdem ders., *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993, bes. S. 13–68.

¹²¹ Ders., *Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, München 2009, hier S. 18.

wilhelminischen Eliten „und der Verzicht auf Veränderungen weiter [gingen], als es die Verhältnisse erforderten“. Das Selbstverständnis der mehrheitssozialdemokratischen Volksbeauftragten bringt er treffend mit dem Terminus „Konkursverwalter“ des Wilhelminismus auf den Punkt; der Einmarsch der Freikorps und deren bis dahin beispiellose Gewaltexzesse zur Niederschlagung der Januarerhebung – die er zu Recht als „führerlos“ kennzeichnet – folgten (so Winkler) „keinem zwingenden militärischen Grund“, sondern sollten ein abschreckendes „Exempel statuieren“.¹²²

Winkler machte mit seinen teleologischen Prämissen – die vor dem Hintergrund der (scheinbaren oder realen) Erfolgsgeschichte der ‚neuen‘ Bundesrepublik Plausibilität gewannen – den Vorreiter, andere folgten ihm, allerdings keineswegs alle, die Überblickdarstellungen zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts vorlegten. Gerade in der Einordnung der Revolution von 1918/19 setzten Detlev Peukert,¹²³ Hans Mommsen¹²⁴ oder unlängst auch Ulrich Herbert andere Akzente.¹²⁵

Dagegen spitzte bereits Hans-Ulrich Wehler in der Revolutionsdarstellung des vierten Bandes seiner *Gesellschaftsgeschichte* Grundtendenzen des Winkler’schen Ansatzes weiter zu. Diese Zuspitzung kulminiert in dem zynischen Satz: „Wer ihn [den Bürgerkrieg] mutwillig vom Zaun brach, wie etwa Luxemburg und Liebknecht, kam darin um.“ Damit dem geneigten Leser diese Lebensweisheit als Resümee seiner Betrachtungen zur Revolution auch nicht entgeht, wiederholt Wehler diesen Satz, „der einen frösteln macht“ (Volker Ullrich),¹²⁶ in fast der-

¹²² Ders., *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte*, München 2000, S. 382, 384, 390. Symptomatisch für eine insgesamt dennoch geglättete Geschichte insbesondere des ersten Halbjahrs 1919 ist, dass Winkler „die großen Streiks vom Frühjahr 1919“ zwar erwähnt, das barbarische Handeln der Regierungstruppen wie Freikorps aber lediglich beiläufig streift und die Zahl ihrer Opfer zu niedrig ansetzt.

¹²³ Detlev J. K. Peukert, *Die Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 1987, S. 32–61.

¹²⁴ Hans Mommsen, *Verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang, 1918 bis 1933*, Berlin 1989, bes. S. 32–62.

¹²⁵ Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 177–199.

¹²⁶ Volker Ullrich, *Sehnsucht nach dem Messias. Hans-Ulrich Wehlers grandiose Gesellschaftsgeschichte*, in: *ZEIT Literatur*, Oktober 2003, S. 68.

selben Redewendung in seiner *Gesellschaftsgeschichte* später noch einmal.¹²⁷ Dass Wehler die Opfer zu Tätern machte, die im Sommer 1919 sowie im Frühjahr und Frühsommer 1920 zu Streiks sowie zum revolutionären Aufstand getriebenen Arbeiter – und nicht dagegen die MSPD-Führung – für einen „folgenschweren Radikalisierungsschub“¹²⁸ verantwortlich erklärte und gleichzeitig einem primitiven Totalitarismusbegriff folgte,¹²⁹ konnte da nicht mehr überraschen. Vor allem aber ist es kein Zufall, dass bei Wehler wie Winkler die Rolle Noskes merkwürdig blass bleibt.

Zur Karikatur wurde das Winkler'sche Prokrustesbett vom „Westen“ durch Tim B. Müller gemacht, einem Ideenhistoriker, der im Hamburger Institut für Sozialforschung ein Unterkommen gefunden hat.¹³⁰ Müller behauptet bereits für 1914 eine „Initialzündung der

¹²⁷ Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten, 1914–1949, München 2003, hier S. 398, 537. Wehler folgte damit übrigens seinem intellektuellen Vorbild Max Weber; dieser hatte im Januar 1919 erklärt: „Liebknecht gehört ins Irrenhaus und Rosa Luxemburg in den Zoologischen Garten“ (wie Anm. 52).

¹²⁸ Ebd., S. 399.

¹²⁹ Der Terminus „totalitär“ wäre eine eigene Betrachtung wert. Hier sei nur darauf verwiesen, dass Wehler diesen Begriff an zahlreichen Stellen salonfähig zu machen versucht, indem er die Differenzen zwischen NS-Bewegung und stalinistischer KPD systematisch verwischt – etwa wenn er behauptet, dass im „Rotfrontkämpferbund“ „dieselben Phänotypen wie in der SA dominierten“ (S. 395) – und in zahlreichen ähnlichen Formulierungen eine Gleichrangigkeit der „totalitären Zwillinge“ (S. 732) KPD und NS-Bewegung nicht nur mit Blick auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen auf der Straße, sondern überhaupt auf deren politische Strukturen suggeriert. Damit befand er sich bereits zum Zeitpunkt der Niederschrift seines Manuskripts im Gegensatz zu der von ihm zu Recht als „glänzend“ charakterisierten (S. 1058, Anm. 16) Studie von Sven Reichardt, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und der deutschen SA*, Köln 2002; vgl. dort bes. S. 54, 69, 77, 137, 465 ff., 511 ff., 519 ff., 530 ff. Zur Kritik an Bd. 4 von Wehlers „Gesellschaftsgeschichte“ vgl. auch Rüdiger Hachtmann, *Bürgertum, Revolution, Diktatur – zum vierten Band von Hans-Ulrich Wehlers „Gesellschaftsgeschichte“*, in: *Sozial.Geschichte*, 19 (2004), 3, S. 60–87.

¹³⁰ Publiziert hat Tim B. Müller zu „Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg“; er hat Aufsatzbände etwa über „Macht und Geist im Kalten Krieg“ herausgegeben. Er gehört der Redaktion der 2007 gegründeten „Zeitschrift für Ideengeschichte“ – einer, so das Selbstverständnis, „neue[n] Zeitschrift für die intellektuelle Öffentlichkeit“ – an, die ihre Frühjahrsausgabe 2018 unter dem mehr als merkwürdigen Herausgeberort „Preußen“ publiziert hat, dieses Signum für eine neuere Gesinnung allerdings nach den Protesten mehrerer Redakteure in der darauffolgenden Nummer wieder zurückgenommen hat. Vgl. Felix Bohr, *Preu-*

modernen Massendemokratie“ für das Deutsche Reich, und zwar keineswegs durch Druck von außen, sondern durch die wilhelminische Bürokratie, die „schon während des Krieges an Plänen für ein demokratisches Deutschland“ gearbeitet habe. Verwunderlich sei das nicht gewesen, denn schon das – bekanntlich weiterhin durch ständische Strukturen und eine Hochschätzung des Militärischen geprägte, semi-absolutistische – wilhelminische Kaiserreich habe „keinen unversöhnlichen Gegensatz“ zur Demokratie gebildet; die „Zivilgesellschaft“ habe eine „erhebliche Autonomie“ besessen. Vor allem aber sei „die Anerkennung der Gewerkschaften ein Meilenstein“ gewesen, so Müller mit Blick auf das Hilfsdienstgesetz Ende 1916.¹³¹ Er vergisst in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Militärdiktatoren Ludendorff und Hindenburg diesen Meilenstein unter Vorbehalt gesetzt hatten, ihn langfristig wieder zurücknehmen wollten und die Gewerkschaften die begrenzten Konzessionen 1916 durch ihr Einverständnis mit der von Ludendorff-Hindenburg dann zügig realisierten Militarisierung der deutschen Gesellschaft teuer erkauften. Vollends zur Karikatur macht Müller Winklers „Weg nach Westen“, wenn er meint: „Die Demokratisierung der politischen Kultur konnte sich nicht in der ihr eigenen Geschwindigkeit durchsetzen.“¹³² Die von Mark Jones so anschaulich und überzeugend beschriebene, vom Rat der Volksbeauftragten unter Ebert in Gang gesetzte, von Noske legitimierte Gewaltspirale der barbarischen Exzesse, die von den Freikorps an vielen Orten, vor allem in Berlin und München praktiziert wurden, ist ihm nicht einmal einen Halbsatz wert. Stattdessen – und das meint Müller nicht ironisch – liest man bei ihm: „Das Hohelied der Demokratie und die pragmatische Demokratisierung der Gesellschaft wurden gegen die unrealistischen und gewaltträchtigen Utopien der Linksradikalen, der ‚Unabhängigen‘ und ‚Kommunisten‘, der

ßens neuer Glanz, in: Spiegel Daily, [<https://daily.spiegel.de/news/wissenschaft-wie-der-verlag-c-h-beck-preussen-aufleben-laesst-a-65588>].

¹³¹ Tim B. Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014, S. 46 f.

¹³² Ebd., S. 81.

Revolutionäre und Räte demokraten in Stellung gebracht.“¹³³ Da erübrigt sich jeder weitere Kommentar.

Politisch-ideologisch angelegte, historisierende Skizzen wie die Tim B. Müllers sowie überhaupt die Flut an Überblicksdarstellungen zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts sollten nicht übersehen lassen, dass Längsschnittanalysen zu spezifischen Themen der Weimarer Republik und damit auch zur Revolution von 1918/19 wichtige neue Ergebnisse hervorgebracht haben.¹³⁴ Ein Beispiel ist die Dissertation von Rüdiger Bergien, deren fehlende Rezeption durch Mark Jones Dirk Schumann in seiner oben zitierten kritischen Rezension getadelt hat. Bergien befasst sich auch und gerade mit sozialdemokratischen Wehrkonzepten und konstatiert „eine ‚Amalgamierung‘ [...] der progressiven emanzipatorischen Wehrkonzepte“, wie sie sich seit 1848 und in der frühen SPD seit Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts ausbildeten, „mit autoritären und nationalistisch-integrativen Wehrideologemen“. Was bis 1914 latent geblieben sei, wurde (spätestens) 1914 virulent und habe auch in der Sozialdemokratie in inflationär verwendeten „Leitvokabeln“ wie „Wehrhaftigkeit“ und Wehrwille“ seinen Ausdruck gefunden.¹³⁵ Kennzeichnend für „Ebert und

¹³³ Ebd., S. 82. Auch für andere Phasen der Weimarer Republik ist die Müller'sche Darstellung gespickt mit absurden Behauptungen, z. B. seine These: „Die große Krise [1929 ff.] war eine Krise der politischen Psychologie“ (S. 115). Solche Sätze sind nicht nur abstrus. Müller versteht sie offenbar auch als politische Rezepte für aktuelle „demokratische Führer“, in diesem Fall also als Vorschlag, mit Maßnahmen einer wie auch immer gearteten politischen Küchenpsychologie ‚das Volk‘ hinwegzureden.

¹³⁴ Dazu gehören auch Biographien, z. B. Wolfram Wette, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987; Klaus Gietinger, Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere, Hamburg 2009; Waldemar Mühlhausen, Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006. Vor allem zu Rosa Luxemburg existiert eine ganze Reihe von Biographien, die ein differenziertes Bild erlauben (u. a. von Paul Frölich, Heinz Knobloch, Annelies Laschitzka / Günther Radezund und Ottokar Luban). Interessante Schlaglichter auch auf die Revolution werfen Studien wie z. B. die von: Wolfgang Schivelbusch, Die Kultur der Niederlage, Berlin 2001, S. 229 ff., oder Rüdiger Graf, Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933, München 2008.

¹³⁵ Rüdiger Bergien, Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918–1933, München 2012, S. 57 f.

Genossen [sei] ihre Fixierung auf Sicherheit und Ordnung“ gewesen.¹³⁶

Auch Bergien löst sich in seiner Darstellung nicht von historischen Klischees, wenn er für den Januar 1919 immer wieder und penetrant vom „Spartakusaufstand“, für die Folgezeit von „Spartakusunruhen“ spricht und mit dem Terminus „bürgerkriegsähnliche Zustände“ die Verantwortung für das Drehen der Gewaltspirale relativiert, die er andererseits freilich mit Formeln wie „exkludierende Feindbilder“ zu treffend charakterisiert. Aber er betont immerhin, dass es „die Republik“, also der Rat der Volksbeauftragten (vor allem nach dem Rücktritt der USPD-Vertreter) und die erste Regierung der ‚Weimarer Koalition‘ gewesen sei, die die „Feinde“ 1919 definiert und für die Freikorps markiert habe. Zudem versäumt Bergien nicht, die fatale Rolle der bürgerlichen „Einwohnerwehren“ anzusprechen und deren Verknüpfungen namentlich mit dem späteren Stahlhelm unter Hitlers Reichsarbeitsminister Franz Seldte.¹³⁷ Wichtig aber ist vor allem sein Ergebnis, dass sich seit Anfang 1919 ein „lagerübergreifender Wehrkonsens“, eine breite „Schnittfläche geteilter Denkstile und Deutungsmuster“ herausgebildet habe, die von den Sozialdemokraten bis zu den Rechtskonservativen gereicht habe. „[I]n hohem Maße lagerübergreifend“ war die „Verdichtung wehrpolitischer Vorstellungen“ namentlich deshalb, weil sie als „defensiv“ deklariert wurde.¹³⁸ Das Diktum der „wehrhaften Republik“, das die (M)SPD vor dem Hintergrund ihrer Burgfriedenspolitik 1914 dann im November 1918 so bereitwillig übernahm, in der Hoffnung, von den traditionellen, wilhelminisch geprägten Eliten als gleichberechtigter Partner akzeptiert zu werden, dieses Diktum wurde sukzessive zu „einer auf einem Primat der Kriegsbereitschaft beruhenden völkisch definierten Gemeinschaft“ ausgeweitet und erlaubte der Großen Koalition unter Hermann Müller, 1928 den Bau von Panzerkreuzern zu befürworten und

¹³⁶ Ebd., S. 77.

¹³⁷ Vgl. ebd., S. 78 f., 81 ff., 91, 93 f.

¹³⁸ Ebd., S. 387.

eine ‚schwarze‘ Aufrüstung zu forcieren. Aus dem ursprünglich vorgeblich „defensiven“ Wehrkonsens wurde „eine nationalistisch-exkludierende ‚Wehrhaftmachung‘ auf Basis eines radikalen Nationalismus“. ¹³⁹ Anfang 1919 wurden auch hierfür fatalerweise die Weichen gestellt – und ebenso für die nachhaltige Spaltung der Arbeiterbewegung, wie Bergien ebenfalls andeutet: „Die Ausschreitungen von Freikorps [entfremdeten] die SPD-Basis dauerhaft [bis 1933] von jeglicher Wehr- und Sicherheitspolitik.“ ¹⁴⁰

VIII. (Ausblick)

Vor allem Winkler galt mit seinen teleologisch unterlegten, im Grundsätzlichen Alternativlosigkeit suggerierenden Darstellungen zu 1918/19 und zur Geschichte der Weimarer Republik lange Zeit (und gilt manchen heute noch) als der maßgebliche Historiker für die Revolutionszeit. Das hat sich freilich bereits im letzten Jahrzehnt deutlich gewandelt. Das Buch von Mark Jones hat, auch aufgrund seiner hohen Auflage, den Bruch mit einem Revolutionsbild, das in eine gradlinige Erfolgsgeschichte der Gründung der Weimarer Republik mündet, besonders sichtbar gemacht. Das ist ihm zum Vorwurf gemacht worden. Jones zielt mit seinem Buch „unverkennbar auf eine Neujustierung deutscher Erinnerungskultur“, so Lothar Machtan in seiner oben vorgestellten Rezension. ¹⁴¹ Das war eher tadelnd gemeint. Ich bin dagegen der Überzeugung, dass eine „Neujustierung“ überfällig ist, und zwar nicht nur im Sinne einer bloß graduellen ‚Kurskorrektur‘ tradierter Auffassungen und auch nicht allein der „Erinnerungskultur“. Warum ist eine Neujustierung der Revolutionsgeschichtsschreibung überfällig? Die Antwort auf diese Frage führt zurück zu der oben getroffenen Feststellung, dass es die jeweilige Gegenwart ist, die Historiker veranlasst, ihre Erkenntnisinteressen zu verändern, neue Fragen zu stellen und aus dem bestehenden ‚Angebot‘ an theoretischen und

¹³⁹ Ebd., S. 395 f.

¹⁴⁰ Ebd., S. 390.

¹⁴¹ Wie Anm. 29.

methodologischen Zugriffen eine bestimmte Wahl zu treffen, oder auch neue konzeptionelle Überlegungen anzustellen. Was hat sich nun heute vor allem gegenüber „1989/90“ verändert? Welche Fragestellungen drängen sich heute auf?

Es sind vor allem Veränderungen der gesellschaftlichen Konstellationen auf zwei grundsätzlichen Ebenen, die die bis 2008/09 lieb gewonnenen Erfolgsgeschichten (auch) der Revolution infrage stellen und neue Fragen (auch) an 1918/19 aufwerfen: Erstens hat die globale Krise der Weltwirtschaft dazu geführt, dass deren kapitalistische Grundstruktur zu einem zentralen, auch politischen Thema geworden ist. Die mitunter geradezu verzweifelt anmutende Beschwörung einer vermeintlichen Alternativlosigkeit der bestehenden Ökonomie durch die etablierten Funktionseliten bestätigt diesen Befund unfreiwillig. Strittig ist, ob wir uns am Anfang einer finalen Krise des kapitalistischen Weltsystems befinden¹⁴² oder seit 2008/09 nur eine besonders tiefe, in ihrer Basisstruktur jedoch vermeintlich ‚normale‘, quasi-konjunkturelle Krise durchlaufen, die jetzt angeblich schon wieder auf dem besten Weg ist, ‚bewältigt‘ zu werden. Gleichgültig, wie man diese Frage beantwortet: Alternative linke Wirtschafts- und Demokratiekonzepte, wie sie gerade auch 1918/19 entwickelt wurden, geraten wieder in den Fokus; der genauere Blick auf die Debatten dieser Zeit wird in neuer Perspektive wieder spannend. Kaum jemand unterstellt – wie dies bis 2008 (meist implizit) der Fall war –, dass 1918/19 die Perpetuierung der bürgerlich-kapitalistischen Ökonomie alternativlos und damals lediglich deren wie auch immer geartete ‚Weiterentwicklung‘ (meist im Sinne von: sozialer Abfederung ihrer gesellschaftlichen Folgewirkungen) möglich gewesen sei. Gleichzeitig gewinnt die Betrachtung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie in neuer Perspektive an Bedeutung – auch der Blick zurück in die Geschichte.

¹⁴² Vgl. z. B. Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Frankfurt a. M. 2013, oder (anknüpfend an zentrale Marx'sche Kategorien) Ernst Lohoff / Norbert Trenkle, *Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind*, Münster 2012.

Denn zweitens hat der Beginn der Weltwirtschaftskrise 2008/09 fatale politische Folgen gehabt – oder diese sichtbarer als zuvor gemacht –, Folgen, die auch Historikern und Historikerinnen nicht verborgen geblieben sind und bisherige Erkenntnisinteressen verschieben. Seit ein, zwei Jahrzehnten haben (so die übliche, eher verharmlosende Klassifizierung) ‚rechtspopulistische‘ Bewegungen vor allem in Nord-, West-, Ost- und teilweise auch in Südeuropa (Italien) eine starke, teils sogar hegemoniale Stellung erreicht. Parallel dazu erodieren parlamentarische Demokratien. Auch dieser Trend verschiebt das Interesse an der Revolution von 1918/19 hin zu folgender Frage: Warum waren trotz einer unzweifelhaften Demokratisierung des politischen Systems durch die politischen Grundsatzentscheidungen 1918/19 die faktische Abschaffung der parlamentarischen Republik 1930, der Aufstieg der Nazis an die Schalthebel der Macht 1933 sowie die ungeheuerlichen, oft als ‚Zivilisationsbruch‘ klassifizierten völker- und massenmörderischen Menschheitsverbrechen des NS-Regimes und weiter Kreise der deutschen Gesellschaft möglich? Die Frage nach den Wurzeln, nach den „Halbheiten“, nach den Gründen für das „Steckenbleiben“ der Revolution 1918/19 erhält neues Gewicht. Konstrukte einer simplen Erfolgsgeschichte der Weimarer Republik à la Tim Müller verschleiern und verkleistern statt aufzuklären.

Dieser letzte Aspekt: Was hat die massenmörderischen Menschheitsverbrechen der Nazis möglich gemacht?, hat Mark Jones zu seiner Gewalt-Geschichte der Revolution animiert. Dass der Weg von 1918 nach 1933 dennoch keineswegs zwangsläufig vorgezeichnet war, ist unstrittig. Aber der Umgang mit der Revolutionsbewegung – oder auch: Form und Struktur der Gegenrevolution 1919 – hat dem Aufstieg der Hitler-Bewegung den Pfad gebahnt. Die Rede vom „Zivilisationsbruch“, oder genauer: dessen Datierung auf 1933, verschleiert dabei eher, als dass sie erhellt. NS-Bewegung und NS-Regime lassen sich nicht aus der „Moderne“ herausdefinieren; sie markieren vielmehr

deren „Schattenseiten“ oder „Krankengeschichte“ (Detlev Peukert).¹⁴³ Allein das NS-typische Diktum von den „Novemberverbrechern“ und das für die Protagonisten des NS-Regimes charakteristische „Novembersyndrom“ (Tim Mason), das heißt deren bis 1945 anhaltende, tief-sitzende Angst vor einer sozialistischen Revolution, zeugen davon, dass 1918/19 – auch – zur Vorgeschichte von „1933“ gehört.

Eine kritische Sozialgeschichte ist zudem per definitionem nicht auf eine für die traditionell-bürgerliche und oft auch ‚linke‘ Historiographie tendenziell typische Politik- und Ereignisgeschichte zu reduzieren. Sie hätte in einem ersten Schritt Schichten und Klassen ‚an sich‘ in den Blick zu nehmen – neben der vielschichtigen ‚Bourgeoisie‘ und dem ebenfalls heterogenen Industrieproletariat auch die damals sehr wichtige Agrarbevölkerung, daneben die ‚Zwischenschichten‘, also traditionelles Kleingewerbe, ‚freie Berufe‘ sowie Angestellte und ‚technische Intelligenz‘ (Ingenieure, akademische Berufe in der Industrie). Eine solche Schichten- und Klassenanalyse wäre eigentlich schon komplex genug, zumal die zeitgenössischen – und ebenso die heutigen – statistisch-analytischen Kategorien oft genug politisch-ideologisch vorbelastet sind und zudem manchmal sehr Unterschiedliches begrifflich nivellieren.¹⁴⁴

Eine „erweiterte Sozialgeschichte“, vor allem eine, die sich einem Epochenbruch, einer Revolution verschrieben hat, muss jedoch noch weit darüber hinaus gehen, nämlich den Fokus ganz wesentlich auf die ‚Subjekte‘, deren Verhaltensmuster – auch: das Organisationsverhalten – und Mentalitäten entlang sozialer sowie weiterer Differenzie-

¹⁴³ Vgl. (resümierend) Rüdiger Hachtmann / Sven Reichardt (Hg.), Detlev Peukert revidiert: Überlegungen zu seiner historiographischen Einordnung, in: dies. (Hg.), Detlev Peukert und die NS-Forschung (= Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus; Bd. 31), Göttingen 2015, S. 9–38.

¹⁴⁴ Allein der Terminus „Arbeiter“, wie ihn die amtliche Statistik verwendet hat und weiterhin benutzt, versammelt heterogene Sozialgruppen: Handwerksgesellen ebenso wie die „Arbeiter“ unterschiedlicher Qualifikation und unterschiedlichen Geschlechts sowie (mindestens ebenso wichtig) verschiedenster Betriebsgrößen-Klassen. Dass dies für Wahlanalysen, insbesondere die Frage nach der sozialen Basis der „Arbeiterparteien“, erhebliche Probleme aufwirft, liegt auf der Hand. Ähnliches gilt für den terminologischen Container „Selbständige“.

rungslinien legen, also Schichten und ‚Klassen für sich‘ in den Blick nehmen (und sich dabei nicht von politischen Wunschvorstellungen leiten lassen). Das ist schon für ‚normale‘ Zeiten schwierig. Noch weit mehr gilt dies für Revolutionen – gleichgültig, ob ‚nur‘ politische oder auch soziale Revolutionen –, also für scharfe historische Schnitte, die von größeren Akteursgruppen mit dem Ziel herbeigeführt werden, repressive historische Konstellationen in emanzipatorischer Absicht aufzuheben. Denn für alle von einer revolutionären Umwälzung direkt oder indirekt Betroffenen – auch für diejenigen, die sich mit dem Emanzipationswillen der Trägerschichten der Revolution nicht identifizieren, sich diesen vielleicht sogar aktiv entgegenstemmen – gilt, dass sie am Ende einer Revolution zumeist ganz andere sind als an deren Anfang. Verhaltensmuster, Normen und politische Einstellungen sowie darüber hinaus ‚Mentalitäten‘ (die auch Gefühlswelten, einschließlich Phobien und Ressentiments einschließen) verändern sich in Zeiten einer Revolution fundamental. Diese sind nicht grobschlächtig, für 1918/19, auf die Alternative „Rechtssozialdemokratie“ und „Spartakus“ oder „Bolschewiki“ zu reduzieren; vielmehr sind die Schattierungen oder Zwischentöne ‚unten‘, an der ‚Basis‘, abseits der Protagonisten, herauszuarbeiten.

Eine in diesem Sinne „erweiterte Sozialgeschichte“ hat nicht nur der – historisch oft glattgebügelt, das heißt auf spätere Frontbildungen reduzierten – politischen Heterogenität der Revolutionsbewegung selbst breiten Raum zu geben. Sie sollte neben den offenen Gegnern der Revolution auch die sozialen wie politischen – häufig weiblich geprägten – ‚Zonen der Stille‘ nicht ausblenden, wiewohl die leicht aus dem Blick bleiben, gerade weil sich die historischen Subjekte dort oft nicht lautstark artikulieren. Innovativ wird eine künftige Revolutionshistoriographie nur sein, wenn sie pluralistisch angelegt ist, unterschiedlichsten Positionen und Blickwinkeln Raum bietet, sich einen unbefangenen Blick erhält und sich nicht durch Staatsräson und Parteipolitik disziplinieren lässt. Mark Jones und sein Buch können auch in dieser Hinsicht als vorbildlich gelten.

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online**
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an
SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,
Bank für Sozialwirtschaft